

aufbau

Klassenkampf
Frauenkampf
Kommunismus

64

März / April 2011
fr. 3.-/euro 2.-
www.aufbau.org

FRAUENKAMPF

Geschlechterverhältnisse: die Debatte **7/8**

SBB-CARGO

Seit dem Streik wird weiter gekämpft **9**

FRAUEN IN INDIEN

Vereint in der Massenorganisation KAMS **12**

BUCH- & DVD-REIHE

Ein Gedächtnis des Widerstands **16**

Frauenkampftag



Frauenkampftag

100 Jahre internationaler

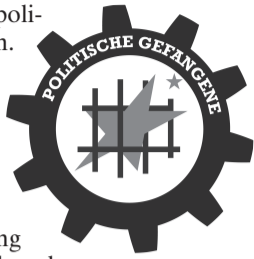
*Kämpfen
lohnt
sich!!!*

100 Jahre internationaler

POLITISCHE GEFANGENE

Tutti liberi!

In der vergangenen Zeit hat sich betreffend den politischen Gefangenen in der Schweiz einiges getan. Marco Camenisch wurde ein weiteres Mal in einer Nacht- und Nebelaktion verlegt: Er wurde nun von Bochuz (Kanton Waadt) nach Lenzburg (Kanton Aargau) überführt. Für ihn heisst das, sich ein weiteres Mal auf eine völlig neue Situation einstellen und wieder um seine politischen Unterlagen kämpfen zu müssen. Auch für die Solidaritätsbewegung draussen bedeutet dies natürlich Umstellungen und auch die Knastkorrespondenz muss jetzt an eine neue Adresse (Marco Camenisch, JVA Lenzburg, Postfach 75, 5600 Lenzburg/AG).



Die Ziele dieser Verlegungen sind transparent, es sind Versuche die Solidarität zwischen drinnen und draussen zu schwächen. Dies gelingt aber überhaupt nicht: Wo Marco hinkommt, melden sich immer wieder neue Interessierte, die sich verhalten wollen und aktiv werden. Die Solidaritätsbewegung breitet sich aus und die Vernetzung nimmt zu. Ausdruck dieser Entwicklung sind die Knastspaziergänge in Bochuz, an denen Leute aus verschiedenen Teilen der Schweiz teilnahmen, um Marco mit Parolen, Transpis und Knallern zu grüssen.

Währenddessen versucht die Bundesanwaltschaft ähnliches bei Silvia, Costa und Billy. So wurden Costa und Billy zwei Mal umverlegt und weiterhin wird ihnen die Korrespondenz stark erschwert. Alle drei hatten mittlerweile ihre Schlusseinvernahmen beim Bundesanwalt Stadler, die Anklageschrift gegen sie liegt aber bis zum Redaktionsschluss dieser Zeitung nicht vor. Die internationalen Rechtshilfesuche der italienischen Behörden wurden zugelassen, so dass nun auch noch Staatsschützer und -anwälte aus Italien rumschnüffeln.

Aktualisierte Informationen zu der Situation der politischen Gefangenen in der Schweiz und international finden sich auf www.rhi-sri.org!

Aufbau  **Vertrieb**

An- und Verkauf proletarischer und kommunistischer Literatur

BASELBläsiring 86
Dienstags von 18 bis 20 Uhr
E-Mail: basel@aufbau.org**ZÜRICH**Kanonengasse 35
(im Hinterhaus, Eisentreppe)
Samstags von 11 bis 16 Uhr

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU

Zentrum vom Revolutionären Aufbau BaselBläsiring 86 (Parterre) in Basel
Geöffnet jeden Donnerstag von 18 bis 20 Uhr**Zentrum vom Revolutionären Aufbau Bern**Das Lokal, Mitte Zaanweg in Bern
Jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr**Kontakt Revolutionärer Aufbau Winterthur**winterthur@aufbau.org**Zentrum vom Revolutionären Aufbau Zürich**Meinrad-Lienertstrasse 15 in Zürich
→ Infos im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus)
jeden Samstag von 11 bis 16 Uhr

IMPRESSUM

HerausgeberinnenRevolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich
Revolutionärer Aufbau Basel, Postfach 348, 4007 Basel
Revolutionärer Aufbau Bern, Postfach 87, 3174 Thörishaus
Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org**Redaktion (red)**Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Bern (rab),
Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich
(gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafb),
Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkb),
Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe
(akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf),
Rote Hilfe-AG Anti-Rep (rh-ar), Kulturredaktion (kur), Arbeitsgruppe Jugend Zürich
(agj)**Redaktion und Vertrieb Schweiz**aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5
Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org**Editorial**

Ein Jahrhundert ist es her, seit die Frauen zum ersten Mal im März international auf die Strasse gingen, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Der Frauenkampftag hat seitdem nichts an Aktualität verloren, jährt sich doch beispielsweise die Einführung des Frauenstimmrechts erst gerade zum 40. Mal, historisch gesehen eine erschreckend kurze Zeit.

In der aktuellen Ausgabe des «aufbau» versuchen wir einen Rückblick auf die historische Entwicklung des Frauenkampfes, von seinen Anfängen im 18. Jahrhundert, über die Jahre Rosa Luxemburgs und Clara Zetkins, bis zur Gegenwart. Viel wurde erreicht, doch auch 30 Jahre nach der gesetzlichen Gleichstellung von Mann und Frau sind die Geschlechterrollen alles andere als emanzipiert in unserer «modernen Gesellschaft». Ja, in einem Klima von Konkurrenzdenken und Egoismus, welches uns von der Wirtschaft aufgezwungen wird, finden Vorstellungen von traditionellen Geschlechterrollen wieder vermehrt Rückhalt. Wenn der Arbeitsalltag von Unsicherheit am Arbeitsplatz und sozialer Isolation geprägt ist, scheint für manche die bürgerliche Kleinfamilie in einem gewissen Rahmen Sicherheit und Geborgenheit anzubieten. Ein trügerisches Angebot, das gerade für proletarische Frauen nicht aufgeht und bei dem sie ihre erkämpften Rechte wieder verlieren.

Die Frauenbewegung steht also keineswegs nur als isolierter Kampf für gerechtere Löhne oder gegen die Vermarktung des weiblichen Körpers da. Der Kampf für emanzipierte Geschlechterrollen und gegen Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes ist vielmehr Teil der Bewegung für eine grundlegende Umstrukturierung der Gesellschaft, denn ohne eine solche wird es unmöglich sein, die wirtschaftlichen Zwänge und sozialen Normen abzuschaffen, die heute Frau und Mann in ihre Rollen zwingen.

Etwas, wogegen sich die Herren an der Spitze von Politik und Wirtschaft vehement wehren, sei es national oder international, wenn sich die finanziellen Schwergewichte am WEF in Davos treffen, um über die Definierung ihrer Normen zu diskutieren.

Wenn dieses Jahr weltweit Millionen von Menschen am 8. März auf die Strasse gehen, entspricht das sicher nicht den Normen, die uns von oben rechts vorgesetzt werden: ein Zeichen dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Denn nur wenn wir versuchen, unsere eigene Vorstellung einer lebenswerten Gesellschaft zu entwickeln, haben wir den schwarzen Schafen auf den Plakatwänden etwas entgegenzusetzen.

Ein Kampf, der sich lohnen wird, sei es am 8. März oder am 1. Mai, heute oder morgen.

Für neue Leserinnen und Leser

Der *aufbau* ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der *aufbau* will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der *aufbau* u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

Sudan - Selbstbestimmung der Völker oder imperialistisches Kalkül?

ROHSTOFFE Die Begeisterung der imperialistischen Mächte für die Abspaltung des Südsudan stimmt kritische Geister misstrauisch. Die Ausbeutung der Erdölquellen durch chinesische Firmen ist dem westlichen Kapital schon lange ein Dorn im Auge.

(rabs) Der Jubel der bürgerlichen Medien über den Einzug von Freiheit und Demokratie in einem Land wie dem Sudan muss erfahrungsgemäss misstrauisch stimmen. Zumal, wie die Regimes in Tunesien und Ägypten zeigen, über Jahre hinweg brutale und korrupte Diktatoren als Bollwerk im Kampf gegen Terror und Kommunismus vom Westen gefeiert und hochgepöppelt wurden. Die Einflussnahme der imperialistischen Mächte auf die Sezessions-Abstimmung im Sudan war denn auch unübersehbar. Geradezu symbolträchtig wurden die Abstimmungszettel in Grossbritannien gedruckt und blieben vorerst auf dem vom Schnee blockierten Londoner Flughafen Heathrow stecken. Mit 58 Millionen Dollar finanzierte die UNO die Abstimmung. Und dann die unvermeidlichen Wahlbeobachter, angereichert mit Hollywoodgrössen wie George Clooney, *what else*. Ob soviel Demokratiehilfe entwickelten die SüdsudanInnen einen gewissen Übereifer, die Wahlbeteiligung betrug in 10 von 79 Bezirken über 100%.¹ Darüber schweigen sich die bürgerlichen Medien geflissentlich aus und jubeln über eine Zustimmung von 99%, was in jedem anderen Fall zu Recht als Beweis für eine Wahlfälschung denunziert würde.

Die Beweggründe für die westliche Unterstützung der Unabhängigkeit des Südsudan könnten durchsichtiger nicht sein und liegen in der immer heftigeren Konkurrenz zur Volksrepublik China. Ein Konsortium mit einer chinesischen Mehrheitsbeteiligung beutet die Ölquellen des Südsudan aus – zum Missfallen insbesondere der USA und Deutschlands. Die «Welt», das ultrareaktionäre Blatt des deutschen Kapitals, gibt sich empört: «Beim Erdöl sind Peking die Menschenrechte egal». Ganz im Unterschied beispielsweise zum englisch-niederländischen Erdölkonzern Shell, der Nigeria mit Mord und Totschlag zur Musterdemokratie verholfen hat. Kritik daran wird im Sinne des Wortes mundtot gemacht: 1995 verurteilte eine nigerianische Gericht den Schriftsteller Ken Saro-Wiwa zum Tode. Er hatte u.a. Shell vorgeworfen, einen ökologischen Krieg gegen sein Volk zu führen.

Der Bürgerkrieg im Sudan

Nicht immer stand der Sudan in der Missgunst der imperialistischen Mächte. 1971 wurde die Kommunistische Partei Sudan SCP nach einem Putschversuch gegen das zu Beginn durchaus fortschrittliche Militärregime von Jaafar an-Nimairi praktisch zerschlagen. Die Führung wurde hingerichtet und zahlreiche Mitglieder ins Gefängnis geworfen. Der US-Imperialismus wusste diese antikommunistische Politik natürlich zu schätzen und sah auch grosszügig über die Hinwendung Nimairis zum Islam hinweg. Der Sudan, die ehemals britische Kolonie, wurde in diesen Jahren zum drittgrössten Empfänger von Entwicklungshilfe der USA.

1983 führte Nimairis die Scharia ein, was zum



US-Gesandter John Kerry als Wahlkämpfer im Sudan.

Ausbruch des Bürgerkrieges mit der Sudan People's Liberation Army SPLA führte. Deren Gründer, John Garang, ein in den USA ausgebildeter sudanesischer Offizier, war ein strammer Christ, der von Anfang an die Unterstützung der USA genoss. Der Hintergrund für die aktive US-Unterstützung dieses Krieges ist aber weniger in der religiösen, denn in der wirtschaftlichen Sphäre zu suchen. Anfangs der 80er Jahre begann nämlich zum grossen Missfallen der USA die Ausbeutung der südsudanesischen Ölquellen durch die Volksrepublik China. Mit einem Bürgerkrieg sollten die chinesischen Gelüste zurück gedämmt werden. Von einer Sezession war anfangs aber noch nicht die Rede, vielmehr ging es um die «Demokratisierung» des ganzen Landes und die Trennung von Religion und Staat, zumindest, was den Islam betrifft.

Waffenlieferungen der USA verletzen Friedensabkommen

1985 wird Nirmairi schliesslich entmachtet und nach einigen Zwischenregierungen putscht sich der jetzige Staatspräsident Hasan Omar Al-Bashir an die Macht. Am islamistischen Kurs und damit an der Konfrontation mit der SPLA hält auch er fest. Der SPLA-Führer John Garang starb 2005 unter ungeklärten Umständen bei einem Helikopterabsturz. Sein Nachfolger Salva Kiir, ebenfalls ein bekennender Christ, tritt für die Sezession des Südens ein und seine Armee wird mit Milliarden von Dollars von Bush wie auch später von Obama hochgerüstet. Diese Waffenlieferungen stellten einen klaren Bruch des im Jahre 2005 geschlossenen Friedensabkommens dar. Die SPLA und die sudanesishe Regierung vereinbarten damals die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit und die jetzt durchgeführte Abstimmung über die Unabhängigkeit des Südsudans. Über Wikileaks wurde öffentlich, was längst bekannt ist: Die USA haben auch nach diesem

Datum die SPLA massiv mit Waffen aufgerüstet und mit allen Mitteln, zusammen mit Deutschland, auf eine Sezession hingearbeitet.

Seit 2004 liefert der Sudan über die Firma Petro-Energy China Erdöl. Die China National Petroleum Corporation hat einen 20-jährigen Vertrag für Nutzung der Ölquellen im Südsudan abgeschlossen. Die deutsche Firma Bornemann Pumps liefert die Technologie für die Förderpumpen. Die Pipeline verläuft durch den Norden Sudans zum Hafen Port Soudan, von wo das Öl nach China und Japan exportiert wird. Offensichtlich versuchen die USA mit dem Boykott des Sudan und der massiven Unterstützung der Abspaltung des Südens billionenschwere chinesische Investitionen zu sabotieren und selber den Fuss in die Gegend zu setzen. Zwar hat der Generalsekretär Pagan Amum der Sudan People's Liberation Movement SPLM, dem politischen Arm der SPLA, den Chinesen die Einhaltung der laufenden Verträge auch im Falle der Unabhängigkeit garantiert.² Dieses Versprechen dürfte allerdings nicht allzu viel wert sein. Der Südsudan besitzt ausser der Erdölquellen gar nichts, keine Infrastruktur, keine Industrie, keine Landwirtschaft. Es ist also mehr als fraglich, ob die neue Regierung den Pressionen aus Washington standhalten wird.

¹ Financial Times Deutschland, 24.01.11, «Zu viele Stimmen beim Sudan-Referendum»

² Sudan Tribune 15.10.2010, SPLM gives assurances on Chinese oil investments in South Sudan

Die Justiz als Handlanger der KapitalistInnen

SOLIDARITÄT Vor mehr als zwei Jahren wurden zwei Jugendliche nach einem Farbanschlag auf die UBS-Filiale am Zürcher Paradeplatz verhaftet. Was ist seither passiert?

(agj) Am 17. Januar 2009 wurde zwei Jugendliche in einer Nahbereichsfahndung nach einem Farbanschlag auf die UBS-Filiale am Paradeplatz in Zürich festgenommen. Mit einer zweiwöchigen Untersuchungshaft wurde versucht Aussagen aus den beiden Schülern zu pressen. Dieser Versuch misslang jedoch und die beiden Gefangenen kamen frei, ohne dass neue Beweise gefunden wurden – dies zeigt den Charakter der Untersuchungshaft als Beugehaft glasklar.¹

Ein Jahr nach der Festnahme versuchte die Staatsanwaltschaft, die beiden zu einer zweiwöchigen Gefängnisstrafe zu verdonnern. Auch dies scheiterte, da die Gerichtspräsidentin einen Freispruch für höchstwahrscheinlich hielt und darum die Anklage ablehnte. Die Staatsanwältin R. Müller versuchte darauf die Beschuldigten am 13. Januar 2011 erneut vor Gericht zu stellen. Auch dieser Angriff der Klassenjustiz war ein

Schuss in den Ofen, da die Staatsanwaltschaft nicht bemerkte, dass in der Zwischenzeit die Strafprozessordnung (JStPO) geändert hatte und somit das Gericht seine Zuständigkeit verlor.

Die Hartnäckigkeit und Härte mit welcher die Staatsanwaltschaft versucht, die Verdächtigten trotz fehlender Beweise anzuklagen zeigt deutlich, dass es sich für die Justiz nicht um einen gewöhnlichen Fall handelt. Der Angriff auf die UBS war ein Angriff gegen das schweizerische Grosskapital. So steht im Kommuniké zum Anschlag: «Die UBS und ihre Adresse sind für uns Symbole der Krise des Kapitalismus, aus der es nur einen revolutionären Ausweg geben kann. Banken sind der Motor des kapitalistischen Systems, ohne sie läuft gar nichts».²

Weiter zeigt das Verhalten der Justiz deutlich den Versuch, die gesamte politische Widerstandsbewegung einzuschüchtern. So ist es wohl auch keinen Zufall, dass der Prozess zwei Jahre nach dem Vorfall genau eine Woche vor der anstehenden Anti-WEF Kampagne geplant war. Dass dieser Einschüchterungsversuch keine Früchte trägt, machen die jüngsten Angriffe auf verschiedene Teilnehmer des WEF deutlich.³

Das aktuellste Beispiel, welches den Pakt zwischen Justiz und Kapital entlarvt, ist die Wikileaks-Enthüllung im Fall UBS.⁴ So soll die Schweiz u.a. bestimmte wirtschaftliche Beziehungen zum Iran abbrechen, während die US-Justiz im Gegenzug von einer Anklage gegen die Grossbank UBS absieht. Im Kapitalismus werden also sogar die Gesetze und die bürgerliche Gerechtigkeit käuflich.

Nach der gescheiterten Anklage wird die Staatsanwaltschaft nun hinter verschlossenen Türen einen Strafbefehl ausarbeiten. Dass dabei die Öffentlichkeit ausgeschlossen und der Prozess entpolitisiert wird, werden wir nicht akzeptieren. Dies zeigte die Kundgebung am vorgesehenen Prozesstermin 13. Januar 2011, trotz starker Polizeirepression deutlich.

¹ Dossier dazu: www.rjz.ch

² www.indymedia.ch

³ Siehe Rubrik: «Unveröffentlichte Nachrichten» in dieser Ausgabe

⁴ www.nzz.ch



Die Diskussionsteilnehmerinnen beim Singen der Internationalen.

«Lernen, wie wir kämpfen müssen»

STRATEGIE An der diesjährigen Rosa-Luxemburg-Konferenz gab es eine Podiumsdiskussion zum Thema «wo bitte geht's zum Kommunismus?»

(rabs) Die Rosa-Luxemburg-Konferenz findet jedes Jahr im Januar im Urania-Kongresszentrum in Berlin statt. Die diesjährige 16. Konferenz war mit rund 2'500 BesucherInnen die bisher grösste.

Auf dem Programm standen Redebeiträge von Menschen aus aller Welt. Moshe Zuckermann, Soziologe und Historiker aus Israel, sprach über die Zukunft der Nahostregion und mögliche Strategien zu deren Gestaltung. Christos Katsotis, Mitglied des PAME-Sekretariats (PAME: Militant Front aller ArbeiterInnen) und des ZK der KKE (Kommunistische Partei Griechenland) berichtete über die Strukturen innerhalb der PAME und der Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit. Irma Schwerter Mileham berichtete über die Situation der «Cuban 5»¹, welche aufgrund von Spionagevorwürfen langjährige Haftstrafen in verschiedenen Knästen in den südlichen USA absitzen.

«K-Wort»-Debatte

Am 3. Januar erschien ein Artikel mit dem Titel «Wege zum Kommunismus»² in der «jungen Welt», welcher von Gesine Löttsch (Vorsitzende der Partei Die Linke) als Vorfeldbeitrag zur Podiumsdiskussion an der Rosa-Luxemburg-Konferenz verfasst worden war. Der Artikel ist im Grossen und Ganzen eine Zusammenfassung der politischen Ansichten von Rosa Luxemburg und der Versuch, die aktuellen politischen Bestrebungen ihrer Partei als Fortsetzung dieser darzustellen.

Bürgerliche Medien und PolitikerInnen aller Parteien griffen den Artikel in der so genannten «K-Wort»-Debatte auf und klagten an, dass die Verfasserin den Begriff Kommunismus verwendete, ohne den Opfern der Verbrechen zu gedenken, welche im Namen des Kommunismus geschahen.

Der Satz, um den sich die Kritik primär dreht, lautet: «Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung». CSU-Generalsekretär Dobrindt forderte aufgrund dieses eher zahnlosen Satzes eine flächendeckende Überwachung der Partei Die Linke durch den Verfassungsschutz.

Die antikommunistische Hetze gegen Gesine Löttsch trifft die Falsche, da diese sich im letzten Satz

des Artikels als demokratische Sozialistin bezeichnet und – die Frage der Revolution konsequent umgehend – zwangsläufig im bürgerlichen Rahmen verharrt. Doch als KommunistInnen müssen wir uns angesprochen fühlen, schliesslich reiht sich die Debatte in ein herrschendes Schema ein, das den Kommunismus mit dem Nationalsozialismus gleichstellt.

Geradeaus und dann scharf links?

Als Abschluss der Konferenz fand eine Podiumsdiskussion statt mit dem Titel «Wo bitte geht's zum Kommunismus? Linker Reformismus oder revolutionäre Strategie – Wege aus dem Kapitalismus».

Bettina Jürgensen, Vorsitzende der DKP, betrachtet die momentanen Proteste z. B. gegen Stuttgart 21 und die Castortransporte als Beispiel von Gegenmacht. Die DKP bringe die Eigentumsfrage in diese Proteste ein. Ein kurzfristiges Ziel müsse sein, die Grossbanken und Energiekonzerne in öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle zu überführen.

Claudia Spatz von der Antifa Berlin betonte, dass in den jeweiligen Kämpfen die Systemfrage zentral sei. In bestehende Auseinandersetzungen müsse eingegriffen werden, um den BündnispartnerInnen klarzumachen, dass es nicht nur um das Erreichen kurzfristiger Ziele gehen könne. Weiter geht sie auf die Legalitätsfrage ein: Wenn es Gesetze gibt, welche sich gegen die Menschen stellen, dann müsse man sich nicht an diese Gesetze halten. Der kapitalistische Staat könne nicht durch die Parlamente verändert werden, denn die Parlamente seien Teil des zu überwindenden Systems.

Inge Vielt, Teil der revolutionären Linken und ehemaliges Mitglied der Bewegung 2. Juni und der RAF, bemerkte, dass es nicht an linken Analysen zur Verschärfung der gesellschaftlichen Probleme mangle, aber an einer Struktur, welche den laufenden Kämpfen einen antikapitalistischen Ausdruck gebe. Nicht die Theorie mache eine Organisation zu einer revolutionären, sondern ihre Praxis. Eine Organisation könne nicht revolutionär sein, wenn sie nicht in bestimmten Bereichen klandestin agiere. Es gelte, eine neue revolutionäre kommunistische Organisation zu schaffen, da viele junge AktivistInnen den existierenden Organisationen keinen Ausbruch aus der Befangenheit traditioneller Politikformen zutrauten.

¹ <http://miami5.de/>

² <http://www.jungewelt.de/2011/01-03/001.php>

KOMMENTAR

Folgender Kommentar bezieht sich auf das Plakat, welches uns vor einiger Zeit zugeschickt wurde und auch schon in verschiedenen Städten geklebt wurde. Das Plakat bezieht sich auf Aktionen im Vorfeld des World Economic Forum in Davos. Auf mehrmals geäusserten Wunsch legen wir es dieser Ausgabe unserer Zeitung bei.

Wer reaktionären Wind sät wird revolutionären Sturm ernten!

Der Kampf auf der Strasse ist die Antwort auf die Politik der Herrschenden.

In den Demonstrationen und Aktionen gegen das WEF und reaktionäre Hetze, drückt sich ein radikales Bedürfnis nach einer antikapitalistischen Alternative aus. Das zeigt sich deutlich in der Chronologie der Ereignissen der letzten Wochen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse der Unterordnung, Entfremdung und Ausbeutung durch einige wenige KapitalistInnen wird in Frage gestellt.

Warum diese scheinheilige Empörung der Herrschenden wenn ein paar Scheiben in Brüche gehen oder ein übler reaktionärer Hetzer («eine Ohrfeige bewirkt oft mehr als lange Reden») ein paar Hiebe abbekommt? Gewalt wird systematisch nur im Zusammenhang mit sozialen Revolten und revolutionären Kampf thematisiert. Krieg hingegen ist Friedenseinsatz, Staatsterrorismus Demokratieschutz. Diesen Diskurs sollten wir uns nicht aufzwingen lassen. Uns interessieren die wirklichen politischen Fragen: Riesige Gewinne weniger Kapitalisten; Armut und Verelendung der Massen; imperialistische Kriege; Arbeitslosigkeit.

Militante Massenaktionen und die Ablehnung jeglicher Verhandlungspolitik sind Ausdruck der herrschenden Klassenauseinandersetzung. Wir glauben nicht wie die ReformistInnen, dass diese Kampfformen unterdrückt werden müssen. Revolutionäre Politik findet nicht im Sitzungszimmer, sondern in den praktischen Klassenkämpfen statt. (gpw)

UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

In dieser Rubrik veröffentlichen wir Auszüge aus Erklärungen zu verschiedensten Aktionen. Aus Platzgründen müssen wir uns diesmal leider auf eine Erklärung (Auszüge) beschränken, welche wir per Mail erhalten haben.

Attacke auf Morosani-Hotels in Davos

Wir haben die Hotels Morosani in Davos mit Pyrotechnik und Zucker angegriffen. In diesen Hotels sind die Bundesräte und die UBS-Vertreter untergebracht. Zwei pyrotechnische Sprengsätze wurden deponiert, die Zeitzünder bewusst auf Donnerstag morgen 6 Uhr gestellt. Diese Zeit haben wir gewählt, um nicht die Angestellten zu gefährden, die kurze Zeit später den Herrschaften aus Politik und Kapital zudienen müssen. Zusätzlich haben wir den Inhalt des Öltanks des Hotels mit Zucker ergänzt, damit ihnen früher oder später in

den Bergen auch ein kalter Wind um die Ohren weht. (...) Das übergeordnete Motto des WEF lautet dieses Jahr «Gemeinsame Normen für eine neue Realität». (...) Nun, da ist erstmals, dass alle versuchen ein Stück vom Kuchen abzubekommen. Alle wollen einen Teil des Profits, der sich mit billigen chinesischen ArbeiterInnen machen lässt, sei es nun die schweizerische, die deutsche, französische, amerikanische oder jede andere Bourgeoisie. (...) Schwab ruft die verschiedenen «global leaders» zur Zusammenarbeit, die Staaten dazu ihre eigenen Kapitalfraktionen nicht mit Zöllen etc. zu schützen auf und es sollen am WEF Friedensprozesse angeleiert werden. Dies kann als Grössenwahn der WEF-Verantwortlichen, als Naivität oder als Scharlatanerie abgetan werden. Was bleibt, ist das vorprogrammierte Versagen dieser Vorstösse. Die globale politische und wirtschaftliche Krise erlaubt nur Lö-

sungen bei denen der eine Kapitalist auf Kosten eines anderen gewinnt. (...) In diesem Klima, geprägt von Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzabbau, Arbeitshetze und Armut, erstarkt eine politische und kulturelle Rechtsentwicklung, mit der ihr eigenen reaktionären Hetze (...) Die Zukunft muss uns gehören! Ausbeutung und Verarmung, reaktionäre, rassistische Hetze und imperialistische Kriege lassen keinen Zweifel daran, dass die kapitalistische Produktionsweise keinen Weg aus dieser Miesere bietet. Den Kampf gegen die Diktatur des Kapitals orientieren wir an der gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus - dem Kommunismus. Der Kampf dafür, dass nicht nur wenige Bourgeois von der Produktion profitieren, sondern die Gesellschaft als ganzes. Der Kampf dafür, dass es ums Leben geht und nicht ums überleben! Für eine revolutionäre Perspektive!

Jeder Moment des Kampfes politisiert

ORGANISIERUNG Betriebliche Organisation bei UPS? Über dieses schwere Pflaster haben wir mit einem Gewerkschaftsaktivisten aus Deutschland gesprochen, der die Situation bei UPS seit vielen Jahren kennt.

(az) Wer die beliebte Comedy-Serie «Kings of Queens» schaut, kennt den Paket-Lieferanten nur dann streikend, wenn die Gewerkschaft mit Barbecue, Bier und Frisbee auffährt. In der Türkei wurde jedoch wirklich und anders gestreikt. So müsste «Kings of Istanbul» dann doch weit mehr Action-Elemente aufbieten. Denn dort haben über hundert UPS-Lieferanten im letzten Jahr ihr Recht auf gewerkschaftliche Organisation im Betrieb hart erkämpft. Die Branche hat mit DHL und UPS den Ruf von antigewerkschaftlichen Strategien und prekären Arbeitsverhältnissen. Nicht unerwartet waren die UPS-Streikenden also mit prügelnenden Bullen und scharf schießenden Managern konfrontiert.

Habt Ihr von diesen Kämpfen etwas mitbekommen? Und wie könnte eine konkrete Verbindung von Kämpfen aussehen?

Im Fall der KollegInnen in der Türkei hat das Organisieren internationaler Solidarität dank des Engagements vor allem der ITF (International Transport Federation) besser geklappt als sonst manchmal. Delegierte (auch von der gewerkschaftlichen Basis) haben die gekündigten Kollegen mehrmals besucht und mit ihnen gemeinsam in Istanbul demonstriert.

Auch sonst wurde noch politische und auch ganz praktische Solidarität auf die Beine gestellt und Einiges unternommen, um die Öffentlichkeit über die Vorgänge bei UPS in der Türkei zu informieren. Das war wichtig, denn UPS ist um seinen Ruf besorgt. Ohne diese internationale Aufmerksamkeit hätte das Unternehmen das Ganze ohne Probleme aussitzen können.

Ob wir von den anderen Kämpfen Notiz nehmen? Klar! Und umgekehrt haben die GewerkschafterInnen bei UPS z.B. in den USA auch manches über die Vorgänge in Stuttgart und in Nürnberg mitbekommen.

Sehr wichtig ist dabei die internationale Basisvernetzung. Die wird erleichtert durch das Internet, aber die Sprachbarrieren bleiben natürlich bestehen.

Grundlage für eine solche Vernetzung ist natürlich die Organisation im jeweiligen Betrieb. Da stehen wir ganz allgemein bei Betrieben mit prekären Anstellungsverhältnissen vor riesigen Problemen. Ihr werdet die auch haben.

Tatsächlich werden unbefristete Vollzeitverträge in der Transportbranche immer rarer. Die Fremdvergabe von Arbeit an Subunternehmer greift bei allen grossen Logistikunternehmen mehr und mehr um sich. Bei solchen Vertragsunternehmen herrschen dann oft richtig grausame Arbeitsbedingungen und nicht mal eine formale Akzeptanz der gesetzlichen Regelungen. Ich weiss von derartigen Speditionen, die Angestellte zu regionalen Gewerkschaftstreffen schicken um auszuspiionieren, ob einer ihrer Fahrer der Gewerkschaft nahe steht. Wildwest eben.

Am Beispiel UPS lassen sich gut einige der Schwierigkeiten illustrieren, mit denen gewerkschaftliche Organisation in diesem Sektor zu kämpfen hat. Zwar haben die Fahrer im Fernverkehr und Zusteller, die noch direkt bei UPS arbeiten Vollzeitverträge, eine meist langjährige Betriebszugehörigkeit, und die Bezahlung und Arbeitsbedingungen liegen über dem Branchendurchschnitt. Aber die meisten ArbeiterInnen in der Sortierung und auch viele Angestellte sind Teilzeitbeschäftigte, oft nur mit Verträgen über 15 Stunden pro Woche, auf zwei Jahre befristet und in den ersten 6 Monaten ohne Kündigungsschutz. Da die Fluktuation bei den KollegInnen in der Sortierung sehr hoch ist, ist es schwerer, sich gewerkschaftlich zu organisieren,

als in einem Betrieb mit Stammebelegschaft. Die Leute, die sich gewerkschaftlich engagieren, bekommen dann natürlich keinen unbefristeten Vertrag.

UPS im Speziellen gilt als gewerkschaftsfeindlich. Mit welchen Problemen sind die KollegInnen konfrontiert, wenn sie sich zur Wehr setzen wollen?

Das grösste Hindernis bei UPS ist eine ganz spezielle Unternehmenskultur. UPS belohnt die positive Identifikation mit dem Unternehmen mit handfesten Privilegien, Aufstiegschancen (bzw. Aufstiegsversprechen) und dem Gefühl, zu einem tollen Team, einer «Familie» zu gehören. Abweichungen, zum Beispiel der Versuch, in einer betriebsratslosen Niederlassung einen Betriebsrat zu etablieren, werden dagegen streng geahndet. KollegInnen, die so etwas versucht haben, hatten manchmal hinterher keinen Arbeitsplatz mehr. Und wenn man im Betrieb bleiben kann, gehört man natürlich nicht mehr zur «Familie» - und kriegt das auch deutlich zu spüren. In manchen Betrieben scheiterten mehrere Versuche, einen Betriebsrat zu schaffen dadurch, dass Betriebsversammlungen systematisch chaotisiert und gestört wurden, so dass jede Wahl eines Wahlvorstandes hinterher anfechtbar gewesen wäre. Leider ist die Gewerkschaft dieser Herangehensweise viele Jahre lang recht hilflos gegenübergestanden. Ein richtiges Erfolgsrezept, diese Mischung aus Repression und Integrationsangeboten.

Die Firmenlinie und die antigewerkschaftliche Propaganda, die oft abstruse Züge hat, wird zwar von oben durchgegeben, aber die Frontlinie des Unternehmens in diesem Kampf sind nicht die Chefs, sondern Angehörige des unteren Managements (und Freiwillige aus der Belegschaft). Managern wird im klassischen amerikanischen Union-Busting deutlich gemacht, dass



Türkische UPS-Arbeiter über sechs Monate im Kampf

man aufmerksam verfolgt, ob sich in ihrem Bereich die Gewerkschafter «breitmachen». Diese Manager entwickeln dann viel Enthusiasmus und Kreativität im Bekämpfen der Gewerkschaft, und wenn einer mal zu weit geht, kann das Unternehmen sagen: «Das war dessen Initiative, wir haben damit nichts zu tun.» Ein Hauptmoment dieser Vorgehensweise ist die Spaltung der Belegschaft und eine Verschärfung des Konflikts bis hin zu offenen Feindschaften. So ziehen sich aktive KollegInnen allein wegen der Härte aus dem Konflikt zurück.

In Stuttgart ging das UPS-Management so weit, den gewerkschaftsnahen Betriebsratsvorsitzenden ein ums andere mal zu kündigen und Unterschriftensammlungen gegen ihn in der Belegschaft durchzuführen zu lassen - sogar die Tochter dieses Vorsitzenden liess man von einem Privatdetektiv ausspiionieren, um Druck aufzusetzen. Der Mann ist dennoch weiter Betriebsratsvorsitzender und konsequent für die KollegInnen da.¹ In Nürnberg hatte man im Rahmen eines Betriebsratswahlkampfes sogar Material von Neonazis benutzt, um gewerkschaftliche Kandidaten zu diffamieren. Die Aussagen der Nazis über die Gewerkschafter wurden in eine Broschüre eingeflochten, die dann im Betrieb verteilt wurde. Nur zwei Beispiele, leider keine Einzelfälle...

Dann seid ihr permanent in der Defensive. Was sind Voraussetzungen für gemeinsamen Widerstand?

Die Voraussetzung für alles weitere ist, dass man

betriebliche Öffentlichkeit und Vernetzung herstellt. Das geht über den Ausbau der informellen Strukturen, die zwischen den KollegInnen sowieso existieren, aber auch eine Betriebszeitung ist dafür ein wichtiges Instrument.

Über welches Thema die Belegschaft beginnt, ihre Gemeinsamkeiten zu sehen und für gemeinsame Interessen einzustehen, entscheidet die Situation. Das kann schlichtweg alles sein, von schmutzigen Sanitäreinrichtungen, über die Kündigung eines Kollegen bis hin zur drohenden Werkschliessung. Jeder Moment des gemeinsamen Kampfes politisiert, macht Mut und gibt Kraft für mehr. Natürlich sollte auch immer versucht werden, die KollegInnen gewerkschaftlich zu organisieren.

Die Repression, die von Seiten des Unternehmens auf so etwas regelmässig folgt, ist dann im besten Fall der Auslöser einer noch stärkeren Solidarität unter den KollegInnen. Eine Garantie dafür gibt es natürlich nicht, und wenn ein Konflikt (und damit die Repression) länger als zwei bis drei Jahre anhält, wird die Situation immer schwieriger für uns.

Sehr hilfreich für den gemeinsamen Widerstand ist natürlich die Vernetzung mit KollegInnen auf nationaler und internationaler Ebene. Dazu liegt es nahe, dass die Basis sich eigene Websites schafft. Vorreiterin und Anregung für viele folgende Websites war sicher die Internetseite eines UPS-Zustellers aus Denver, der mittlerweile im Ruhestand ist. Seit 2004 gibt es eine deutschsprachige Website von UPS-Beschäftigten namens Galeere.² In den letzten Jahren entstanden dann weitere Seiten mit lokalem Bezug wie cgn-verdi.de oder anschub-herne.de.

Und natürlich gibt es den Moment, in dem auch die Gewerkschaft an die Öffentlichkeit gehen muss. Gewerkschaftliche Kritik lässt sich gerade bei Firmen wie UPS gut vermitteln, die riesige Profite einfahren und öffentlich einen hohen ethischen Anspruch artikulieren.

Wie könnte dann Solidarität von ausserhalb des Betriebs einen solchen Prozess unterstützen und begleiten?

Wenn Menschen einen betrieblichen Kampf unterstützen, ist es vor allem wichtig, dass sie nichts ohne die Rücksprache mit den kämpfenden KollegInnen unternehmen.

Natürlich kann man sich beraten und über Massnahmen diskutieren, aber letztlich kennen die Menschen, die dort arbeiten die Besonderheiten eines Betriebs oder einer Firma am besten. Ein wichtiges Feedback erhalten KollegInnen, die sich in einem Kampf befinden von

KollegInnen aus anderen Niederlassungen, die mit entsprechenden Kämpfen schon Erfahrung haben. Von aussen kann man helfen beim Herstellen von Öffentlichkeit und durch das Übernehmen von Aufgaben, mit denen sich die Beschäftigten selber einem arbeitsrechtlichen Risiko aussetzen würden. Allein das Interesse Dritter für einen Konflikt hilft den kämpfenden KollegInnen schon weiter.

Eine wichtige Rolle können KollegInnen spielen, die in den Betriebsräten von Geschäftspartnern der jeweiligen Firma sitzen.

Für mich ein gelungenes Beispiel von Solidarität von ausserhalb ist die Emmely-Kampagne. Die war kreativ, intensiv und wirksam und vor allem nicht über den Kopf der Betroffenen hinweg.³ Beim aktuellen Kampf der KollegInnen von Tümt-Is in der Türkei scheint mir auch vieles richtig zu laufen. Sie sind rechtzeitig in die Öffentlichkeit und haben sich nicht darauf beschränkt Funktionärsrundbriefe herumzuschicken, sondern haben sich Unterstützung von sozialen Bewegungen, sogar der Istanbul Fussballfans gesichert.

¹ <http://www.youtube.com/watch?v=25TmsBXtq7s>

² <http://www.netzwerkit.de/galeere>

³ siehe aufbau 58 und 59

Auf den Spuren der proletarischen Frauengeschichte

100 JAHRE 8. MÄRZ «So wird der erste sozialdemokratische Frauentag in Deutschland nicht nur eine machtvolle Demonstration für das demokratische Frauenwahlrecht werden, sondern auch ein klares Bekenntnis der Frauen zum Sozialismus!». Clara Zetkin zum ersten Internationalen Frauentag am 19. März 1911.

(agfk) Die grundlegenden Ziele der proletarischen Frauenbewegung lassen sich bis ins 18. Jahrhundert zurückverfolgen. Schon in der französischen Revolution gab es radikale Frauen, die sich gegen die Ausbeutung der Frau und des Mannes durch die Unternehmer, bzw. Börsenspekulanten und Warenschieber wandten. Im Jahre 1790 bildete sich eine Gruppe radikaler Frauen um Claire Lacombe (1765-1796) und Pauline Léon (1768-?). Unerschrocken führten sie Tausende von bewaffneten Arbeiterinnen in die Kämpfe gegen die Königsanhänger und kämpften gegen die unentschlossene und opportunistische Haltung der Jakobiner, der führenden Revolutionspartei. Im Mai 1795 fand in Paris als Reaktion auf ein allgemeines Verbot der revolutionären Frauenklubs in ganz Frankreich durch den Konvent und die Verhaftung von Claire Lacombe und Pauline Léon der erste grosse Frauenaufstand des bürgerlichen Zeitalters statt. Dieser wurde von der Revolutionsregierung mit äusserster Brutalität niedergeschlagen. Den Frauen wurde verboten ihre Häuser zu verlassen; viele Tausende wurden verhaftet und ohne Anklageschrift jahrelang in Pariser Gefängnissen eingesperrt. Die Spuren der ersten proletarischen Frauenführerinnen verschwinden um 1795. Man vermutet, dass sie alle ohne gerichtliches Urteil umgebracht worden sind.

Erst die Wirren der Revolutionen um 1848 und die Pariser Commune von 1871 sollte der proletarischen Frauenbewegung neue Impulse geben. Die grossen Streiks und Arbeiterinnenkämpfe gegen die katastrophalen Bedingungen der Fabrikarbeit liessen die proletarische Frauenbewegung zu einer relevanten Kraft heranwachsen. Der Streik von ca. 8000 Seidenzwirnerinnen von Lyon, die 1869 der I. Internationale beitraten, war in seiner Bedeutung herausragend. Die ersten organisatorischen Schritte standen in engem Zusammenhang mit der Arbeiterinnenbewegung sowie der Entwicklung einer sozialistischen Emanzipationstheorie. 1867 traten die Frauen des Schuhmacherverbandes in England als erster weiblicher Berufsverband der I. Internationale bei.

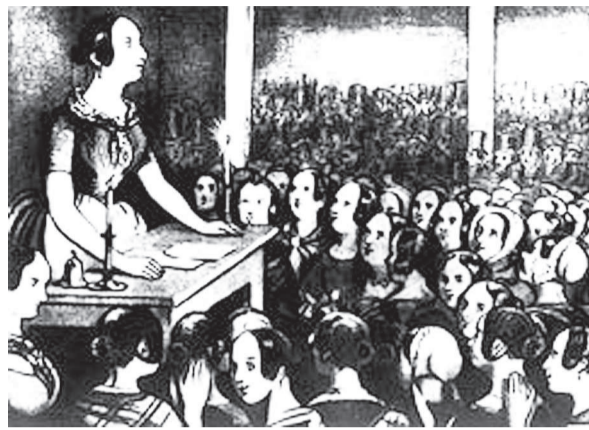
Kommunistische Frauenbewegung

Im August 1907 fand in Stuttgart der Gründungskongress der sozialistischen Fraueninternationale statt. Der Anstoss kam von den deutschen Sozialistinnen. Otilie Bader, die die Konferenz eröffnete nahm eine klare Abgrenzung zu den bürgerlichen Frauenbewegungen vor: «Die sozialistische Frauenbewegung Deutschlands ist von der Überzeugung durchdrungen, dass die Frauenfrage ein Teil der sozialen Frage ist und nur zusammen mit ihr gelöst werden kann».

Die Spaltung der Sozialistinnen in einen radikalen linken und einen reformistischen Flügel zeichnete sich während der Frauenkonferenz ab. Vor allem bei der Frage des Frauenstimmrechts waren die Meinungsverschiedenheiten gross. Das rechte Lager sprach sich für die Forderung eines selektiven Wahlrechts als ersten Schritt aus. Clara Zetkin und Alexandra Kollontai stellten sich vehement gegen diesen Vorschlag. Sie wollten das allgemeine geheime Wahlrecht für alle Frauen. Zum Schluss wurde Clara Zetkins Resolution, für das allgemeine Wahrecht zu kämpfen, angenommen. An der zweiten Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz im August 1910 in Kopenhagen wurde die Durchführung eines internationalen Frauenkampftages beschlossen und am 19. März 1911 unter dem Slogan «Heraus mit dem Frauenwahlrecht» von Millionen von Frauen auf den Strassen vieler Länder umgesetzt.

Krieg dem imperialistischen Krieg

Der ausserordentliche Kongress der sozialistischen Internationale, der im November 1912 in Basel stattfand, setzte die internationale Lage und die gemeinsame Aktion gegen den drohenden Krieg auf die Tagesordnung. Clara Zetkin forderte die Frauen auf, sich gegen die Verbrechen eines Krieges zu wehren. Ihre Rede schloss mit den Worten «Krieg dem Kriege». Der Aufruf von Rosa Luxemburg, dass deutsche Arbeiter nicht auf ihre französischen Klassenbrüder schiessen sollten, blieb ungehört. Sie sass dafür ein Jahr in Gefangenschaft. «Proletarische Frauen seid bereit!» endete ein Aufruf von Clara Zetkin kurz vor dem ersten



Versammlung eines Dienstmädchenvereins in Deutschland um 1848



Pariser Commune-Kämpferin Louise Michel



Frauen gegen den imperialistischen Krieg organisierten einen internationalen Frauenfriedenskongress 1915 in Den Haag



Weltkrieg in der «Gleichheit», der Frauenzeitung der SPD.

Doppelte Spaltung

Der erste Weltkrieg läutete 1914 eine neue Epoche in der sozialistischen Internationalen ein. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPD über die weitere Bewilligung der Kriegskredite spaltete die ArbeiterInnenbewegung und auch die sozialdemokratische Frauenbewegung. Führende Persönlichkeiten der linken Opposition gegen den Krieg waren Clara Zetkin, Rosa Luxemburg und Käthe Duncker, Martha Arendsee und Bertha Tahlheimer. Sie gehörten der neugegründeten Gruppe «Internationale» an.

Nach erfolglosem Versuch, die SPD-Reichstagsfraktion zur öffentlichen Ablehnung der Kriegskredite zu bewegen, distanzierte sich die Gruppe in der «Berliner Tagwacht», einer Schweizer Zeitung, öffentlich von der SPD-Führung. Die Mitglieder wurden polizeilich überwacht, Verhaftungen und Gefängnisstrafen liessen nicht lange auf sich warten. In der neu erscheinenden Zeitung «Spartakus», die bei Ersterscheinung sofort beschlagnahmt wurde, erschienen die Ideen der Gruppe «Internationale». Wegen harter Repression wurde illegal gekämpft. Ab 1916 erschienen die illegalen «Spartacusbriefe», welche den Namen der Gruppe prägten. Rosa Luxemburg verbrachte zwischen 1914 und 1918 die meiste Zeit hinter Gefängnismauern. Dennoch verfasste sie unermüdlich Schriften und Bücher. In der bekannten Junius-Broschüre klagt sie die patriotische Haltung der Sozialdemokratie als Verrat an.

Nach umfangreichen und schwierigen Vorbereitungen trafen sich im März 1915 in Bern 25 Delegierte aus Deutschland, England, Frankreich, Holland, Italien, Polen, Russland und der Schweiz zu einem Kongress der sozialistischen Fraueninternationale. Die Deutschen nahmen ohne Zustimmung des Parteivorstandes teil, den Belgierinnen und Österreicherinnen wurden die Pässe verweigert. Ein wichtiges Ergebnis dieser Konferenz war das «Manifest an die Frauen des arbeitenden Volkes», das die Frauen von einem proletarischen Klassenstandpunkt aus «zum Kampf für den Frieden der Völker als Voraussetzung zur Entfesselung des revolutionären Vorstosses der proletarischen Massen zum Umsturz der bürgerlichen Gesellschaft» aufrief. Allein in Deutschland wurden davon 300'000 Exemplare illegal unter höchstem Risiko verbreitet.

Diese internationale sozialistische Frauenkonferenz ging als Antikriegsveranstaltung in die Geschichte ein. Zetkin wurde auf der Rückreise verhaftet und des Landesverrates angeklagt.

Mit der Gründung der USPD 1917 war die endgültige Spaltung der deutschen Sozialdemokratie vollzogen. Der Spartakusbund trat der neuen USPD bei. Viele Frauen schlossen sich ihr an, weil sie die Bürgerkriegs- und Kriegspolitik der SPD-Führung nicht weiter mittragen konnten. Anstatt für die «Gleichheit» schrieb Zetkin von diesem Augenblick an für «Die Kämpferin», die neue Frauenzeitung der USPD.

Kampf auf der Strasse

Am 1. Januar 1919 wurde die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet (KPD/Spartakusbund). An den Wahlen zur Nationalversammlung nahm die KPD nicht teil. Sie forderten, die Revolution auf der Strasse und in den Betrieben fortzusetzen und nicht im Parlament. Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht stellte die Wahlen in einen tiefen schwarzen Schatten. Rechte Offiziere der kaiserlichen Armee waren nicht nur am 15. Januar 1919 die Mörder. Eine repressive Stimmung und Hetze auf KommunistInnen wehte übers Land.

Die Zeitung «Die Kommunistin» erschien erstmalig am 1. Mai 1919 und war ein wichtiges Organ der kommunistischen Frauenbewegung. In der Redaktion sassen Zetkin, Berta Braunthal, Herta Sturm und Martha Arendsee. Der 8. März als internationaler proletarischer Frauenkampftag und die sozialistische Fraueninternationale waren für die revolutionäre Frauenbewegung die wichtigsten Stützpunkte, um den Kampf gegen den Revisionismus voranzubringen. 1920 verfasste Clara Zetkin die «Richtlinien für die kommunistische Frauenbewegung». Die Aktivitäten der kommunistischen Frauenbewegung umfassten alle Bereiche, die im Leben einer proletarischen Frau eine Rolle spielen. Von der Lohnarbeit zur Hausarbeit, von der Gleichberechtigung in allen Bereichen zu familienpolitischen Fragen, von der Kinderfrage zu Schul- und Erziehungsfragen, von Körper-, Abtreibungs- und Gesundheitsfragen, von Kultur zur neuen Ästhetik und vieles mehr. Dieses Programm wurde Teil der kommunistischen Internationale (Komintern) und damit richtungweisend für alle kommunistischen Parteien. Die im Programm enthaltene Kritik an der Frauenarbeit der II. Internationale und Vorgaben für die konkrete Arbeit und die dafür zu schaffenden Organisationsstrukturen waren richtungweisend und für die kommunistische Bewegung ein grosser Schritt nach vorne.

«ein Mann zwei Kinder»

JUGEND UND GESCHLECHTERROLLEN
**Warum sind alte Traditionen und reaktio-
 näre Familienbilder wieder «IN»? Von 2008
 bis 2010 erschienen im deutschsprachigen
 Raum vier Studien, die die Jugend in den
 Blick nahmen.**

(agj/az) Die drei grossen Jugendstudien die im Jahr 2010 veröffentlicht wurden, sind die vom Ölkonzern Shell finanzierte Jugendstudie in Deutschland, das von der Credit Suisse gesponserte «Jugendbarometer» und die vom deutschen Rheingold Institut für Markt- und Medienanalyse in Auftrag gegebene Jugendstudie 2010 «Die Absturz-Panik der Generation Biedermeier». In der 2008 erschienenen Studie der ch-x «Werte und Le-

der Zukunft ab als für die deutschen Jugendlichen.

Eine Eigenheit der in der Schweiz aufwachsenden jungen Menschen ist nach CS-Studie eine gewisse Wohlstandorientierung, weil der Lebensstandard in der Schweiz höher sei und an dem festgehalten werden möchte.

Nach der Rheingold Jugendstudie ist «das Lebensgefühl der Jugendlichen stark von Zerrissenheitserfahrungen und Krisen geprägt, sowohl im gesellschaftlichen wie im familiären Rahmen». «Die Angst vor dem Absturz ist zum zentralen Lebensgefühl der Jugendlichen geworden», fasst der Psychologe Grünwald die Ergebnisse der Studie zusammen

Wie in Deutschland wird in der Schweiz der Anteil der Jugendlichen, welche finanziell und sozial benachteiligt sind, immer weiter steigen. Die Krise verschärft sich, und zu spüren bekommen es die, die eh schon am



Ein Spray gegen traditionelle Geschlechterrollen von der Revolutionären Jugend Zürich.

benschancen im Wandel», einer Trendstudie zu den Lebensorientierungen junger Erwachsener in der Schweiz, ist die Rede von Unzufriedenheit gegenüber dem Staat und einer allgemeinen materiellen Verunsicherung.

In den genannten Studien geht es vordergründig um die Befindlichkeit und Zukunftsvorstellung, sowie um Trendforschung von Jugendlichen. Durch die Veröffentlichung solcher Studien wird ein Trend behauptet, der die Herrschaft des Kapitals nicht in Frage stellt. Umfragen stellen immer Fragen, die die Herrschenden für ihre Kontrollbedürfnisse interessieren, dementsprechend sind auch die Antworten. Für uns sind diese Fragen interessant, da wir diese Kontrolle angreifen.

Kleinfamilie als Idylle

Wenn in letzter Zeit über diese Studien in den bürgerlichen Medien berichtet wurde, dann vor allem, dass die Jugendlichen wieder vermehrt den Wunsch nach traditionellen Lebensentwürfen verspüren. Das Bedürfnis nach eigener Familie mit Kindern und Haus sei bei der Jugend wieder sehr gross. Allerorts wird eine Zufriedenheit durch Familie vermittelt und den jungen Menschen als sinnvollen und einzigen Lebensentwurf vorgeschlagen - ohne Alternative: die Kleinfamilie als sicheres Familienidyll. Damals und heute um so mehr. Nur heute ist im Vergleich zu den 70er Jahren keine Frauenbewegung mehr aktiv, um kämpferisch Gegenentwürfe auf die Strasse, in die Schulen, in die Betriebe, in die Familien und in die Ehebetten zu tragen. Das, wogegen damals Millionen von Frauen kämpften: die Isolation der Kleinfamilie mit schlechten prekären Teilzeit-Jobs, wollen heute wieder Millionen von jungen Frauen. Der Wunsch nach dem sicheren Hafen Kleinfamilie ist durchaus verständlich, wenn man die Situation auf dem Arbeitsmarkt anschaut, die durch Prekarität geprägt ist. Ein anderer Teil der Schweizer Jugendlichen hat fortschrittlichere Ideen wie das zukünftige Leben aussehen soll. Sie sprechen sich dafür aus, das die Hausarbeit geteilt werden soll und sind auch nicht der Idee abgeneigt, dass ein Mann den Haushalt schmeissen könnte.

Düstere Zukunft

Wenn man die Schweizer CS-Studie mit den deutschen Studien vergleicht, zeichnet sich für die Schweizer Jugendlichen ein deutlich zuversichtlicheres Bild

wenigsten haben. Für viele, die eine weniger gute Schulbildung oder einen Migrationshintergrund haben, ist es schwer eine Lehrstelle, oder nach der Lehre einen Job zu finden. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt momentan bei 4%. Der Arbeitsmarkt wird immer härter und die Jobs immer unberechenbarer und prekärer.

Die heutige Generation der Jugendlichen ist auch die, die erkennt, dass der Sozialstaat mehr und mehr abgebaut wird. Sie sehen ein, dass sie sich wahrscheinlich nicht mehr darauf verlassen können, wie das bis an hin selbstverständlich war.

Zu beachten sind die nach CS-Studie sogenannten «resignierten» Schweizer Jugendlichen, welche am wenigsten zuversichtlich in die Zukunft blicken, meist Teilzeit arbeiten und finanzielle Probleme haben. Vor allem diese wünschen sich am meisten ein Leben im traditionellen Familienmodell. Eine eigene Familie und ein wohlbehütetes Zuhause wird zum Gegenpol des tagtäglichen Kampf in der Arbeitswelt, wo Konkurrenz, Misstrauen und eine Ellenbogenmentalität vorherrscht.

Zukunft in die eigenen Hände nehmen

Der Reformismus hat in der Nachkriegszeit reale Verbesserungen gebracht, gerade auch für die Frauen. Emanzipatorische Projekte und Lebensentwürfe können aber nur unter sicheren Bedingungen entwickelt werden. In der heutigen kapitalistischen Krise, wo die menschliche Existenz prekär ist und die Perspektive unklar, werden die reaktionären Kräfte stärker. Zurück zu alten und traditionellen Werten versprechen Sicherheit. Es liegt an uns, diese Sicherheit als Unterdrückung unter die kapitalistische Produktionsweise zu entlarven. Im Gegenzug müssen wir neue Sicherheiten, kollektive und solidarische Lebensentwürfe, ganz praktisch entwickeln. Z. B. im Selbstvertrauen in die Kollektivität beim Streik oder bei Demonstrationen. Dass die Unzufriedenheit der Jugend sich, laut ch-x Studie, in höherer Beteiligung an Demonstrationen und Streiks ausdrückt, ist doch schon mal gut.

1 Weitere Informationen auf <http://www.bundeswehrwegtreten.org>

2 <http://www.gelbe-schleife.de>

3 Umfassende Informationen auf <http://www.imi-online.de>

KOMMENTAR

Kämpfen lohnt sich!

Ja, wir haben vieles erreicht. Zweifellos sieht unser Leben als Frau anders aus als dasjenige unserer Mütter und Grossmütter. Zumindest in unseren Breitengraden. Gleichberechtigt die Jubiläen feiern?

Das Wahlrecht, welches uns vor 40 Jahren in der Schweiz zugestanden wurde, war zweifellos ein Meilenstein im Kampf der Frauen. Ein Fortschritt ist unleugbar auch, dass Frau und Mann seit 30 Jahren gemäss Bundesverfassung gleichgestellt sind. Oder dass Frauen seit 15 Jahren gemäss Gleichstellungsgesetz gleich viel Lohn verdienen wie Männer, etc. etc.

Der Fortschritt relativiert sich allerdings, denn wenn wir Hans oder Heidi wählen, sind es nicht wirklich «Volksvertreter». Die Lohn Differenz hat sich mittlerweile wieder auf 28% erhöht. Der Gewinn liegt auch nicht unbedingt darin, dass der bürgerliche Staat Frauenforderungen mit Geld und Frauenstellen und -institutionen versorge, um nun beides sukzessive wieder abzuschaffen. Fortschritt ist auch nicht unbedingt die Besetzung des feministischen Feldes mit konservativen und mit Herrschaftsinteressen. Auch nicht, dass wir ganz autonom den Schwangerschaftsabbruch selbst bezahlen sollen, da rechte Kreise die Leistung aus den Krankenkassenleistungen herausstreichen wollen. Auch der Einbezug der Frauen in die Lohnarbeit ist zwar Voraussetzung für ein unabhängigeres Leben, allerdings ist der Preis dafür die Doppelbelastung, was die Unabhängigkeit wiederum stark relativiert. Ausserdem nutzt das Kapital den Umstand, um sukzessive alle Löhne der unteren proletarischen Schichten zu senken und diese Arbeitsstellen zu deregulieren und flexibilisieren, also auch diejenigen der Männer. Auch der Angriff der Antifeministen auf eine bedeutende Errungenschaft wie die Frauenhäuser zeigt deutlich: Solange Kapitalismus herrscht, bleiben Siege relativ, sind es nur Etappen auf dem Weg zur menschlichen Emanzipation.

Etwas vom Wichtigsten, was unsere Vorkämpferinnen uns gebahnt haben, ist unser Selbstvertrauen in unsere eigene Kraft und den Willen, die Geschichte in die eigenen Hände zu nehmen; die Erfahrungen der Kämpfe, der Siege und Niederlagen, historisches Wissen und Bewusstsein. Mehr denn je zeigt sich heute das, was vor 100 Jahren der proletarischen Frauenbewegung und der revolutionären 68er Frauenbewegung sonnenklar war: Es kann nicht nur um Gleichberechtigung gehen, denn ein profitorientiertes Gesellschaftssystem hat selbst damit Mühe, seine Ungerechtigkeiten gerecht zu verteilen, wie es Ulrike Meinhof einst formulierte – klar, es profitiert davon, uns zu teilen. Die Befreiung von Frauendiskriminierung benötigt die Befreiung der Arbeit von den Ketten des Kapitals, die Enteignung der Enteigner, die Unterdrückung der Unterdrücker. Einiges ist erreicht, der Kampf geht weiter! *fk*

Der gemachte Mann

MÄNNERFORSCHUNG Einige behaupten, dass auch Männer an emanzipierten Geschlechterverhältnissen ein Interesse haben. Andere sagen, dass sie vielmehr Privilegien zu verlieren haben. Wir meinen, beides stimmt, doch ersteres weist in die Zukunft.

(akfk) Nicht zufällig spricht man heute in vielen Medien – und auch wir – über Männlichkeiten. Am häufigsten finden sich jene Positionen, die die Beschädigungen der traditionellen Männerrolle auf Körper und Psyche des Mannes therapieren wollen und meist systemimmanente Lösungen vorschlagen. Bedrohliche Positionen finden wir bei Maskulisten und Biologen, die das Rad der Geschichte rückwärts drehen wollen, wie z.B. der Verein der Antifeministen (IGAF) um den Ex-SVP-ler René Kuhn.

Auf der anderen Seite der Barrikade finden sich junge Männer, die sich an der alljährlich stattfindenden 8.-März-Frauentagung in Zürich beteiligen wollen – gegen den Widerstand vieler Frauenkämpferinnen. Argumente lassen sich für beide Seiten finden, die widersprüchliche Situation fordert differenzierte Analysen. Einen interessanten Beitrag dazu liefert das Buch «Der gemachte Mann» des Australiers Robert A. Connell¹, da er nicht nur Geschlechterdifferenzen untersucht, sondern diese mit Faktoren wie Klasse und Hautfarbe/Nationalität verbindet. Viele neuere Männerforschungen beziehen sich auf ihn, insbesondere auf seinen Begriff der «hegemonialen Männlichkeit». Wir wollen hier seine zentralen Thesen skizzieren.

Soziales Geschlecht

Um die Struktur des sozialen Geschlechts darzustellen, unterscheidet Connell drei Kategorien: Macht, Produktion und emotionale Bindung.

Machtbeziehungen: In der derzeitigen westlichen Geschlechterordnung ist die allgegenwärtige Unterordnung von Frauen und die Dominanz von Männern die wichtigste Achse der Macht. Zahlreiche Ausnahmen und mannigfache Widerstände bedeuten für die patriarchale Macht permanente Schwierigkeiten, die auch Fragen nach der Legitimität aufwerfen.

Produktionsbeziehungen: Ein kapitalistisches System, das aufgrund geschlechtlicher Arbeitsteilung funktioniert, bringt zwangsläufig auch einen geschlechtsbezogenen Akkumulationsprozess mit sich. Es ist deshalb kein Zufall, sondern Teil der sozialen Konstruktion von Männlichkeit, dass Männer und nicht Frauen die grossen Firmen leiten und die grossen Privatvermögen besitzen. Diese Akkumulation des Reichtums wird über das gesellschaftliche Geschlechterverhältnis in direktem Zusammenhang mit dem Reproduktionsbereich vermittelt.

Emotionale Bindungsstruktur: Auch in der Sexualität reproduziert sich das soziale Geschlecht. In der feministischen Analyse von Sexualität geht es vor allem um den Zusammenhang zwischen der Heterosexualität und der gesellschaftlichen Dominanz der Männer – Homosexualität ist untergeordnet und/oder wird unterdrückt.

Männlichkeiten

Männlichkeit ist keine essentielle Grösse, kein Charakterzug, sondern eine Position im Geschlechterverhältnis. Connell unterstreicht, dass Männlichkeiten historisch und kulturell unterschiedlich sind und es in einer Kultur immer mehr als nur ein Konzept von Männlichkeit gibt. Diese Konzepte unterliegen einem permanenten Konstruktionsprozess. Er unterscheidet vier Beziehungen zwischen Männlichkeiten: Hegemonie, Unterordnung, Komplizenschaft und Marginalisierung. Soziales Geschlecht, Hautfarbe und Klasse spielen dabei eine wesentliche Rolle. Zentral bei seiner Betrachtungsweise ist die prozesshafte Relation zu gesamtgesellschaftlichen Bedingungen und Veränderungen, in denen die Vielfalt an Männlichkeiten nicht zu blossen Charaktertypologien erstarren, sondern sich in gegebenen gesellschaftlichen Strukturen anpassen und verändern.

Hegemonie

Das Konzept der «Hegemonie» stammt aus der Analyse der Klassenbeziehungen von Antonio Gramsci und bezieht sich auf die gesellschaftliche Dynamik, mit welcher eine Gruppe eine Führungsposition im gesellschaftlichen Leben einnimmt und aufrecht erhält. Die Hegemonie in den Führungsebenen von Wirtschaft, Militär und Politik zeichnet sich durch Autorität, technisches Know-How und wenn nötig durch Gewalt und Macht aus und ist an den Besitz von ökonomischem, sozialem oder kulturellem Kapital geknüpft. Diese Macht definiert sich nicht bloss in Relation zum anderen Geschlecht, sondern auch zu untergeordneten Männern.

Zu den untergeordneten Männern zählt Connell



«Der gemachte Mann» ist nicht nur gesellschaftlich konstituiert, sondern auch einer, der «besser» und mächtiger ist als andere

die «homosexuellen Männlichkeiten», denen er einen grossen Teil im Buch einräumt. Die Mehrheit der männlichen Bevölkerung sei zu den komplizenschaftlichen Männlichkeiten zu rechnen, da sie von der hegemonialen Männlichkeit profitieren und sie daher stützen. Durch die Komplizenschaft gewinnen Männer an Prestige, Befehlsgewalt und materiellem Vorteil. Bei den marginalisierten Männlichkeiten kommt die Beziehung zu anderen gesellschaftlichen Herrschaftsmechanismen wie Kapitalismus und Rassismus am deutlichsten zum Vorschein. Sie finden sich in untergeordneten Klassen- oder ethnischen Verhältnissen.



Connell räumt mit einem verbreiteten Missverständnis auf: Nicht Männlichkeit und damit Strukturen und Institutionen des Patriarchats sind gegenwärtig in der Krise, sondern lediglich ihre Legitimation. Es geht jedoch um mehr, als die Bilder einer modernen Männerrolle oder die Erneuerung einer Tiefenstruktur von Männlichkeit. Es geht ebenso um die Familien und intimen Bindungen, sowie um Wirtschaft, Staat und globale Beziehungen.

Die Veränderungen im Geschlechterverhältnis wandeln in vielerlei Hinsicht auch die Lebensbedingungen von Frauen und Männern. Wir alle sind nicht unbeteiligte Zuschauer dieser Prozesse, sondern an der Konstruktion einer Welt der Geschlechterbeziehungen beteiligt. Wie dies geschieht, welche Strategien die verschiedenen Gruppen verfolgen, das sind politische Fragen. Weder Frauen noch Männer sind mehr den überkommenen Geschlechtmustern ausgeliefert (zumindest in den Industriemetropolen). Aber eine politische Entscheidung für neue Beziehungen zwischen den Geschlechtern ereignet sich immer unter konkreten gesellschaftlichen Umständen, welche die Handlungsmöglichkeiten einschränken.

Wenn es um die Veränderung von Männlichkeit geht, hat man oft berufstätige Männer aus der Mittelschicht im Auge, die es sich finanziell leisten können, bspw. die Hausarbeit mit der Partnerin zu teilen. Doch Connells Studien ergaben, dass gerade in der ArbeiterInnenklasse neue Familienformen geprägt wurden, wenn auch oft aus pragmatisch/wirtschaftlichen Gründen. Ebenso haben ArbeiterInnenparteien in der Geschlechterpolitik die progressivsten Richtungen eingeschlagen, auch wenn sich ebenfalls Beispiele für das Gegenteil finden lassen.

Geschichte der Männlichkeit

Connell deckt auf, wie die heutigen Männlichkeitsformen durch die Geschichte von Kolonisierung und Imperialismus geprägt wurden. Das beispiellose Wachstum europäischer und nordamerikanischer Macht, das Entstehen von Weltreichen und eines weltumspannenden Kapitalismus, die imperialistische Expansion hat Männlichkeiten allerdings nicht nur geformt, sondern diese waren aktiv und gestaltend an diesem Prozess beteiligt.

Das zunehmende Interesse für Männlichkeit zu diesem historischen Zeitpunkt ist kein Zufall. Zwar hat eine Minderheit von Männern in den führenden Industrienationen wie keine Klasse der Menschheit je zuvor die Macht in den Händen, die Zukunft zu gestalten, akkumulierte Ressourcen, naturwissenschaftliche und Sozialtechniken.

Jedoch gibt es (im Gegensatz zur Bourgeoisie als Klasse) kein Hauptquartier des Patriarchats mit Flaggen und Limousinen, wo die Strategien ausgearbeitet werden, kein WEF, keine Weltbank oder IWF, keine NATO, etc. Hier zeigt sich der grundlegende qualitative Unterschied für die Bedeutung der gesellschaftlichen Struktur zwischen Klasse und Geschlecht. Der Unterschied zwischen den Klassen ist für die derzeitige Produktionsweise überlebenswichtig. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern kann bei Bedarf modifiziert, abgeschwächt werden. So wurde es für den Kapitalismus zum Vorteil, die Frauenforderungen ins System zu integrieren. Die populären Methoden der Männlichkeitstherapien führen zu einer Adaption der patriarchalen Strukturen durch eine Modernisierung von Männlichkeit.

Connells Analyse ist einiges differenzierter als es hier stichwortartig erscheint – sein Buch umfasst 300 Seiten mit beachtlichen auch empirischen Studien aus der Arbeiterklasse. Kritik haben wir an seiner Gewichtung bez. des sozialen Geschlechts und seiner Veränderung als revolutionärer Triebkraft im Verhältnis zum Klassenwiderspruch. Ebenso hegt er zu viel Hoffnung auf die Sprengkraft der Schwulenbewegung, die bereits im Verlauf der 80er Jahre begann, sich ins System zu integrieren.

Was tun damit?

Connell verfolgt mit seinen Forschungen einen emanzipatorischen Ansatz und möchte zu einem Wandel der hegemonialen Männlichkeit und des nach wie vor hierarchischen Geschlechterverhältnisses beitragen. Für uns ist klar, dass eine Geschlechterrevolution sich nur innerhalb einer allgemein sozialen (proletarischen) Revolution vollziehen kann. Nur wenn die Arbeit vom Kapital befreit wird, können die für die Geschlechterordnung relevanten Trennungen zwischen privater Reproduktion und öffentlicher Produktion, zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit, zwischen Politik und Ökonomie, zwischen Kopf- und Handarbeit, u.a., vollzogen werden. Connells Beitrag bestätigt diese Verflechtungen und vertieft unser Verständnis der Zusammenhänge, was anregt für weitere Analysen und Debatten.

Praktisch haben dieses Jahr die Genossen in Zürich die Gelegenheit, sich nicht nur an Haus- und Familienarbeit zu beteiligen, sondern auch an geschlechtergemischten Aktionen zum Internationalen Frauentag (seht auf www.aufbau.org).

¹ Robert A. Connell: Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten, deutsche Übersetzung 1999 bei Leske + Budrich, Opladen

«Das Resultat des Kampfes, kein Geschenk»



Damals das Streikkomitee. Sie forderten Einfluss auf die Betriebsführung, heute haben sie ihn, müssen ihn aber stets verteidigen

DREI JAHRE DANACH Vor drei Jahren haben die SBB-Werkstätten in Bellinzona erfolgreich gestreikt. Heute haben sie alle Hände voll zu tun, um ihren Erfolg zu sichern. Gianni Frizzo hat uns darüber berichtet.

(az) Es ist Donnerstag-Nachmittag, Gianni Frizzo empfängt herzlich, aber auch müde. «Wir gehen unter in der Arbeit. Jetzt hatten wir gerade ein Treffen der Arbeitsgruppe. Am 27. Mai wird es wieder einen runden Tisch geben, dort müssen wir einen Aktionsplan präsentieren. Wir haben die Auflage, zehn Millionen einzusparen. Ohne Entlassungen, solche stehen nicht auf dem Programm. Im Gegenteil. Aber wir müssen Optimierungen machen, die Zeiten verkürzen und natürlich schauen, wo wir billiger einkaufen können – das ist zwar hässlich, aber so funktioniert das. Zu diesem Zweck haben wir mehrere Arbeitsgruppen gebildet, die paritätisch zusammengestellt sind, in allen haben die Arbeiter Einsitz.» Wenn sich Arbeiter die Mitbestimmung in einem Betrieb erkämpfen, so bedeutet das, sich mit Management-Fragen auseinandersetzen, jeden Schritt der lokalen Direktion und der Zentrale in Bern überprüfen und mit Gegenvorschlägen aufwarten, Gewerkschaften und BeraterInnen helfen dabei. Die Personalkommission – das sind die sechs, die ehemals das Streikkomitee waren – muss für diese Aufgabe aber auch mit den Arbeitern Rücksprache nehmen.

Am folgenden Tag werden sich 30 Delegierte aus den Abteilungen treffen, einen ganzen Tag lang. Und Gianni hat noch keine Zeit gefunden, sich darauf vorzubereiten. Seit dem Streik wurden verschiedene Treffen institutionalisiert. Die Devise, dass transparent informiert werden soll und keine Entscheidung ohne die Stimme der Arbeiter erfolgen darf, wird eingehalten. Wir wollten aber wissen, ob sich die Arbeiter auch nach wie vor dafür interessieren, sich einbringen. «Mehr denn je!» Die Antwort kommt schnell und überzeugt. «Ursprünglich haben wir Versammlungen durchgeführt, an der alle kommen konnten. Die Arbeiter hatten Hemmungen zu sprechen und haben uns um einen kleineren Rahmen gebeten. Jetzt führen wir häufiger Abteilungstreffen durch und die Leute haben den Mut entwickelt, sich zu äussern. Sie merken, dass uns wichtig ist, was sie sagen, das wirkt. Uns von der Personalkommission kostet es aber viel Energie. Wenn wir informieren, bedeutet es automatisch einen Marathon durch die Abteilungen. Aber es ist gut. Unter anderem, weil dort die temporär Angestellten anzutreffen sind und diese merken, dass wir ihre Anliegen ernst nehmen.» Seit Streik-Ende hat die Officina ein Problem mit Zeitarbeitern. Das Arbeitsvolumen wächst, Festanstellungen werden aber ungenügend vorgenommen. 2009 konnte die Personalkommission durchsetzen, dass 31 Temporäre fest angestellt wurden. Jetzt ist die Anzahl aber bereits wieder auf etwa 100 angestiegen. Das führt zu Qualitätsproblemen, da es sich um Arbeit handelt, die Erfahrung erfordert. Und Qualitätsprobleme werden in den Verhandlungen taktisch gegen die Officina eingesetzt.

Der Kampf um die Regularisierung ist deshalb unter mehreren Gesichtspunkten zentral.

Kampf um Schichtzulagen

Ein Problem ist auch, dass einige qualifizierte Arbeiter die Officina verlassen haben, kaum hatten sie ein besseres Angebot gefunden. Anfangs 2009 wurden die Werkstätten in Bellinzona von der Division Güterverkehr in den Personenverkehr verschoben, was gut ist, da diese solider und staatlich ist. Aber es hat zu unübersichtlichen strukturellen Veränderungen geführt. Und der Angriff war, dass die mit Cargo getroffenen Vereinbarungen für nichtig erklärt wurden. Gianni zieht eine dicke Mappe hervor. «Siehst du diesen Vertrag, den haben wir mit der Direktion unterschrieben. Nach mindestens sechs Monaten Diskussionen sind nun Schichtzulagen, Überstunden, Samstagarbeit usw. wieder gut geregelt. Und ausser der Ferienregelung gilt alles auch für Temporäre. Man muss Bewusstsein haben für dieser Arbeit. Eines Freitags hat der Direktor zu mir gesagt: «Dieser Vertrag wird bis in einer Stunde unterschrieben oder die Verhandlung ist geplatzt.» Da bin ich nach Hause gegangen. So wie der Vertrag war, konnte ich ihn unmöglich unterschreiben. Am Nachmittag hat er angerufen und mich zurückgeholt. Mit diesem Resultat sind wir nun sehr zufrieden. Was im Vertrag steht, ist nichts Originelles, das haben wir nicht erfunden. Aber wir haben wieder hergestellt, was sie uns wegnehmen wollten. Noch glücklicher wäre ich natürlich, wenn diese Vereinbarung auch in Yverdon, Biel und Olten gültig wäre. Aber wir können nur hoffen, dass sie auf die Idee kommen, für die Gleichstellung mit uns zu kämpfen. Wir können sie nicht dazu zwingen.» Wie kam es aber zu diesem überdurchschnittlichen Abschluss? Hat die Direktion Angst vor den Arbeitern? «Angst würde ich nicht sagen, Respekt. Es geht um ein Kräfteverhältnis, das müssen beide Seiten einschätzen und sie bauen Druck auf. Ich konnte an diesem Tag nicht sicher sein, dass er mich zurückruft. Das ist Druck.» Glaubt er denn, dass wieder ein Kampf möglich gewesen wäre, wenn der Vertrag wirklich geplatzt wäre? «Wut war da, vor allem über die Art und Weise, wie die Direktion handelte. Aber wir haben natürlich zu Zurückhaltung gemahnt. Solange wir am runden Tisch verhandeln, müssen beide Seiten Entgegenkommen zeigen. So ist das halt, die Verhandlung nützt auch dem Unternehmen, das geben wir immer offen zu.» Gianni Frizzo und die anderen haben genug Erfahrung, um Widersprüche zu erkennen und zu thematisieren.

Das System stiehlt die Zeit

Trotz der Bemühungen finden sie nicht genügend Zeit, alle Schritte genau in der Belegschaft zu diskutieren. «Das Problem heute ist: Das System hat uns die Zeit gestohlen. Wir haben fast keine Zeit die Probleme mit den Betroffenen vertieft zu diskutieren. Wir können uns viel mehr Zeit nehmen als früher oder als andere Personalkommissionen, aber der Zeitdruck ist enorm. Und es ist sehr viel Kleinarbeit. Zudem sind wir zur Anlaufstelle für jedes Problem geworden. Die Direktion

kritisiert uns, weil niemand mehr den Dienstweg einhält. Wir sind offiziell die Berater des Managements. In dieser Funktion sind wir oft die falschen Ansprechpartner für die Probleme der Arbeiter und das sagen wir auch. Aber sie kommen trotzdem zu uns, weil sie den Vorgesetzten nicht vertrauen.» Gianni Frizzo betont es immer wieder und sagt auch mehrfach: «Wir igeln uns nicht ein.» Offenbar sind sie mit dem Vorwurf konfrontiert, dass sie sich nur um den eigenen Betrieb kümmern, zu wenig in die Tagesaktualität intervenieren. Ein Vorwurf, der zu schmerzen scheint. «Wir möchten ein Laboratorium sein, ein Modell. Aber viel zu wenige interessieren sich. Alle wollen etwas über den Streik hören. Der war ein Ereignis, aber die Arbeit danach sorgt dafür, dass es kein Pyrrhus-Sieg war, ein Sieg, der am Ende keiner war.» So kümmert sich die Personalkommission um den eigenen Betrieb, geht aber raus, wenn sie von anderen Belegschaften gerufen wird. Sie führen immer wieder den Film über den Streik vor und diskutieren mit Belegschaften. Gianni Frizzo ist davon überzeugt, dass der zentrale Faktor eines Kampfes derjenige ist, dass innerhalb der Belegschaft Leute sind, die ein waches Bewusstsein haben und dass vielen Belegschaften dieser Faktor fehlt. Wenn dann noch zusätzlich die Gewerkschaft lasch ist, dann lässt sich kein aussichtsreicher Kampf führen. «Wenn wir gerufen werden, dann versuchen wir hinzugehen und zu diskutieren. Aber wir wollen keine falschen Hoffnungen erzeugen. Am Ende stehen alle alleine vor dem Resultat ihrer Entscheidungen, sie müssen wissen, an welchem Punkt sie stehen. Wir bewegen uns also vorsichtig, das heisst für mich: mit Respekt. Ich will keine Lektionen erteilen, ich kann unsere Geschichte erzählen, von den Problemen und unseren Lösungen. Aber die Situation ist überall wieder anders. Was für die einen verhandelbar ist, ist es für die anderen nicht. Auch die Repression ist überall verschieden.» Auf internationaler Ebene wird versucht, eine Vernetzung aufrecht zu halten, vor allem unter Bähnern. Beispielsweise in Bologna sollen die Bahn-Werkstätten geschlossen werden und die Belegschaften tauschen sich aus. Aber ein gemeinsames konkretes Ziel scheint wegen der unterschiedlichen Vorbedingungen in weiter Ferne. Darauf angesprochen, ob der Kampf und die Arbeit danach sich politisch auf die Belegschaft auswirken, antwortet Gianni Frizzo indirekt. «Vor dem Streik hatten wir hier jede denkbare politische Meinung und die Gemeinsamkeit war unvorstellbar. Du kannst über politische Konzepte sprechen, das führt nirgends hin. Aber wenn du mit den Arbeitern über die Ausbeutung, über die Arbeitssituation sprichst, dann findest du dich. Deshalb will ich mich auch nicht auf eine politische Linie einschweifen, ich will mit allen sprechen können, über konkrete Probleme. Aber bei den Grundsätzen muss man schon klar sein. Es bräuchte einen Katalog der Rechte der Lohnabhängigen, wie es Menschenrechte gibt. Der Kampf wäre dann, diese durchzusetzen.»

So anstrengend ist also die Verteidigung eines erungen Siegs. Der Kampf hat verschiedene Gesichter und er geht weiter. «Jeder Schritt vorwärts ist das Resultat eines Kampfes, kein Geschenk.»

Macht und Ohnmacht im Betrieb

VERKAUF In der letzten Ausgabe haben wir die militanten Untersuchungen im Verkauf zusammengefasst. Diese anschaulichen Berichte und Synthese direkt aus dem Ladenlokal wollen wir nun mit einem passenden theoretischen und verallgemeinernden Bezug abgleichen.

(az) Die Berichte der VerkäuferInnen zeigen eindrücklich, wie schwer es in Branchen mit prekären Arbeitsbedingungen ist, sich als Kollektiv von unten zu verstehen, sich als solches zur Wehr zu setzen und schliesslich ein geeignetes Druckmittel zu finden. Diese verschiedenen Schwierigkeiten wurde mit dem Begriff der «ArbeiterInnenmacht» zu fassen und miteinander in Bezug zu setzen versucht.

ArbeiterInnenmacht: Alles steht still

Vom Streik über das «Bossnapping» bis zur Sabotage: ArbeiterInnen können auf ganz verschiedene Arten Macht gegen die Bosse aufbauen. Die Bedingungen dazu ändern immer wieder. Wenn zum Beispiel die Arbeitskräfte besonders gesucht sind, kann bei Lohnverhandlungen mehr rausgeholt werden. Oder wenn das Fließband der Endmontage stillsteht, geht in der ganzen Fabrik nichts mehr. SoziologInnen wie Erik Olin Wright oder Beverly Silver haben versucht, das Typische dieser Formen von ArbeiterInnenmacht herauszuarbeiten. Sie unterscheiden ganz grob zwischen struktureller und organisatorischer Macht. Zur strukturellen Macht gehört für sie die Situation auf dem Arbeitsmarkt: hoch Qualifizierte mit begehrten Fähigkeiten haben hier mehr Durchsetzungskraft als Angelernte. Und wenn die Hände knapp sind, weil eine Branche gerade boomt, können höhere Löhne durchgedrückt werden. Neben den Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt ist für die strukturelle Macht auch die Stellung im Produktionsprozess entscheidend. In Betrieben, bei denen ein Rad der Produktion ins andere greift und die Arbeitsabläufe eine Kette bilden (Betriebe, die also «hoch integriert» sind), können leicht lahm gelegt werden. Dazu gehören etwa Fließbänder der Automobilindustrie, das Be- und Entladen von Schiffen, aber auch die Just-in-Time-Produktion von Zulieferbetrieben für die Industrie. So ist die strategische Position von Dockern oder von Fluglotsen strukturell enorm stark.

Diese strukturelle Macht sagt, isoliert betrachtet, aber noch nichts aus über das Bewusstsein und das Handeln der ArbeiterInnen. Erst die «organisatorische» Macht drückt aus, ob sich das Potenzial struktureller Macht auch in einem entsprechenden Selbstbewusstsein äussert. Diese misst sich zum Beispiel daran, ob ArbeiterInnen sich zusammenschliessen und kollektiv handlungsfähig werden können. Hier sind natürlich die Gewerkschaften zentral, aber auch die Frage, ob MigrantInnen aus Ländern mit einer starken ArbeiterInnenbewegung und viel Kampferfahrung die Branche prägen, wie es auf dem Bau der Fall ist. Streiks und Aktionen sind ein Gradmesser für die organisatorische Macht.

Die verschiedenen Typen von Macht beeinflussen sich gegenseitig: Die organisatorische Macht der Gewerkschaften kommt unter Druck, wenn die Bos-

se auf automatisierte Produktion umstellen und damit die Macht der ArbeiterInnen am Fließband untergraben. Mit dieser Strategie der Rationalisierung begegneten zum Beispiel die Schweizer Industriellen in den 70er Jahren dem «Arbeitskräftemangel» und damit den Lohnforderungen der Gewerkschaften. Und nicht zufällig eröffneten die neoliberalen Strategen Thatcher und Reagan den Kampf gegen die Gewerkschaften mit dem Angriff auf die Bergarbeiter und die Fluglotsen. Dort wo die strukturelle Macht am grössten war, musste eine Niederlage den Gewerkschaften die stärksten Schmerzen bereiten.

Wichtig ist, dass mit dem hier vorgestellten statischen Modell nur einige Bedingungen für Kämpfe benannt sind, aber noch überhaupt nicht gesagt ist, ob die Leute in den betreffenden Sektoren tatsächlich kämpfen. Die strukturelle Macht determiniert also die organisatorische Macht nicht. Sie kann aber immerhin zeigen, warum die Situation im Verkauf so schwierig ist.



«ArbeiterInnenmacht» in der Logistik: An Häfen und im Lager sind neuralgische Punkte

Das Fließband in der Dienstleistung

Das Positive vorweg. Im Detailhandel gibt es durchaus eine strukturelle Macht. Im Gegensatz zur Industrie sind die Angestellten im Verkauf nicht von Produktionsverlagerung betroffen. In den Interviews kommen aber viele andere negative Bedingungen zur Sprache, die sich in einen allgemeinen Trend in der Branche einreihen.

Im Detailhandel stehen die auf vielen Filialen verteilten Beschäftigten einem hoch konsolidierten Kapital gegenüber. Die Grössen wie Migros, Coop und Fenaco nutzen die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten vor allem, um kleine Konkurrenten auszubluten. Dies während seit den 90er Jahren ein Rückgang der Beschäftigten im Detailhandel zu verzeichnen ist. Selbstredend passiert der Konkurrenzkampf also auf dem Buckel des Personals, was wir in den Interviews auch als einen möglichen Konflikt ausmachen konnten.

Mit der Konzentration und Monopolisierung geht die Tendenz zur immer grösseren Auftrennung von Planung und Ausführung einher. Die InterviewpartnerInnen berichteten immer wieder, wie Umsatzvorgaben fast anonym «von oben» kommen und auch die Filialleitung diesbezüglich keinen Spielraum hat. Dies drückt sich auch in der Qualifikation der Arbeitskräfte aus. Bei Aldi zum Beispiel ist die Aufstiegsmöglichkeit bis

zur Filialleitung für Leute mit Lehrabschluss durchaus möglich. Es ist jedoch allen klar, dass dann die Karriereleiter endet. Auf Ebene der Regionalleitung werden nur noch Leute mit Uni-Abschluss eingesetzt.

Diese Aufspaltung ermöglicht weiter eine Dequalifizierung und Rationalisierung auf Filialebene. Die Arbeitsabläufe werden standardisiert, die Tätigkeiten zerstückelt. Man spricht deshalb auch von «Dienstleistungstaylorismus», nach dem US-Ingenieur Frederick W. Taylor, der um 1900 mit seiner «wissenschaftlichen Betriebsführung» Arbeitsschritte zerlegte. Konkret wurde diese Entwicklung durch die Scannerkassen vorangetrieben. Das tayloristische Konzept sieht vor, dass damit die Arbeitskräfte austauschbar werden, weil die Arbeitsschritte einfach zu erlernen sind. Diese Austauschbarkeit wirkt sich direkt auf die strukturelle ArbeiterInnenmacht aus. Weiter wird in Zukunft auch die Einführung von Radio Frequency Identification (RFID) die Arbeitsprozesse massiv verändern, denn mit dieser Technologie wird es möglich, dass die Produkte

im Einkaufswagen automatisch registriert werden. Dies wird zu einer Reduktion der benötigten KassiererInnen führen.

Die Zerstückelung der Arbeitsprozesse, also die strukturelle Änderung, wirkt sich denn auch negativ auf die organisatorische ArbeiterInnenmacht aus. So entspricht der Standardisierung der Arbeit die Entstandardisierung der Beschäftigungsverhältnisse.

Erklären, um zu intervenieren

Diese Analyse der strukturellen Gegebenheiten im Verkauf kann erklären, wieso dort z. B. die Gewerkschaften so schwach verankert sind. Man könnte gleichzeitig aber auch die Perspektive vertreten, dass die Gewerkschaften in anderen Branchen wie der Industrie nur stark sind, weil die strukturelle Macht dort zufällig anders gelagert ist. Unter dieser Betrachtung fällt denn auch die subjektive Seite aus dem Blickfeld. Militante Untersuchung muss aber ihren Fokus auf den Zusammenhang zwischen struktureller und organisatorischer Macht legen. Dieser Zusammenhang ist eben nicht automatisch, sondern dort kommt es darauf an, ob es politische Kräfte im Betrieb hat und wie sich diese verhalten. Wie im Klassenkampf allgemein, so muss auch im Kleinen Kollektivität ganz bewusst hergestellt werden. Über solche Strategien werden wir in der nächsten Ausgabe schreiben.

MERKE!



Das WEF und die Roboter von Landquart

Auf der Rückreise von Davos nach Landquart herrschte im Zug gute Stimmung. Musik lief, Verpflegung wurde rumgereicht, viel diskutiert und gelacht! In Fideris angekommen wurde der Zug unter Anleitung der Kapo Zürich gestoppt. Ein langes hin und her zwischen den verschiedenen Einsatzleitungen (vor Ort und Davos) hat zum Thema: Sinn und Unsinn einer aufwendigen und mühsamen Personenkontrollaktion! Unsinn setzte sich durch und roboterähnliche Gestalten der Kapo Zürich, die extra in Autos mit der Beschriftung PUMA angekarrt wurden, holten die Leute raus. Mit einem Kantonsverbot versehen wurden alle auf die Züge Richtung Zürich gesetzt!

«Wir haben eigentlich immer an das Gute geglaubt»

BUCHBESPRECHUNG «Der geplante Tod einer Fabrik» beschreibt, wie 253 ArbeiterInnen um ihren Arbeitsplatz gekämpft haben und gibt ihnen in sieben Interviews das Wort.

(az) Wenige Kilometer vor Bern liegt die Gemeinde Stettlen, in welcher die Fabrik «Karton Deisswil» steht. Diese wurde im April 2010 geschlossen und wird wohl demnächst rentabel zu Wohnraum umfunktioniert. Vorausgegangen ist jedoch ein zweimonatiger Kampf der ArbeiterInnen für ihre Arbeitsplätze. Dieser wird im neu erschienen Buch «Der geplante Tod einer Fabrik: Der Kampf gegen die Schliessung der Karton Deisswil» beschrieben. Im ersten Teil werden die Ereignisse, Beobachtungen und daraus folgende Analysen geschildert. Erst mit diesen Informationen erklärt sich der Titel des Buchs: Die Fabrik wurde schon seit Jahrzehnten nicht mehr modernisiert, hatte also eine tiefe Produktivität und die ArbeiterInnen wussten, dass sie auf der Abschussliste standen. Die österreichische Konkurrenz hatte die Fabrik ausserdem übernommen, um ihr Monopol auszubauen. Eine ungewohnte Wendung nahm die Geschichte dann doch noch, als der CS-Mann Müller die Fabrik kaufte und sich als «Retter» inszenierte und feiern liess, er brachte es sogar zu einer Nominierung als «Schweizer des Jahres». Entsprechend wollen die Medien den Betrug nicht wahrhaben, auch die Gewerkschaften nicht. Er unterzeichnete, dass er die Fabrik mit ArbeiterInnen übernehmen würde, verpflichtete sich aber, auf die Produktion von Karton zu verzichten. In einer Karton-Fabrik! Aber der Deal war zunächst geheim, deshalb gelang es, den Kampf zu brechen. Jetzt entsorgt er die ArbeiterInnen via RAV. Ein Arbeiter formuliert es folgendermassen: «Der Müller hat sehr gute Beziehungen zur Gemeinde, zu den Sozialversicherungen, zur Arbeitslosenkasse, zu den Gewerkschaften... Mit allen hat er Beziehungen. Und wir haben keine Chance!» Die Intrigen, Mauseheleien und Verrenkungen zu denen KapitalistInnen fähig sind, wenn sie ein profitables Immobiliengeschäft wittern, haben das Zeug für einen Krimi und seien an dieser Stelle wärmstens zur Lektüre empfohlen. Was das Buch aber besonders auszeichnet, ist, dass das Autorenkollektiv mit elf Arbeitern gesprochen hat und uns diese Gespräche zugänglich macht. So wird sichtbar, dass die verschiedenen Kämpfenden zwar

den gleichen Kampf geführt haben, ihn aber teilweise sehr verschieden wahrgenommen haben und auch unterschiedliche Schlüsse daraus ziehen.

Blockieren, vom ersten Tag an

Einig sind sich die Arbeiter jetzt darin, dass sie die Werkzeuge hätten blockieren sollen, damit sie durch die Lagerbestände ein Pfand in der Hand gehabt hätten. Als zu Beginn des Kampfes noch Karton-Bestände im Wert von ca. 8 Mio. Franken in der Spedition lagen, waren es nur an die 20 radikalere Arbeiter, die blockieren wollten, sich aber nicht durchsetzen konnten. Als es schliesslich doch noch dazu kam, waren die Lager bereits geräumt. Die Mehrheit der ArbeiterInnen hatte auf Wohlverhalten und Verhandlung gesetzt, was sie jetzt - nach mehrfacher Verarschung durch alle Instanzen - als Fehler betrachten. «Das Beste wäre es ganz klar gewesen, die Bude vom ersten Tag an dicht zu machen. Aber ich denke, das kann man nicht von uns verlangen, dass wir dieses Wissen hatten. Wir haben sicher in unserer eigenen Welt gelebt, und dachten eigentlich auch nicht, dass man derart verarscht würde von draussen. Wir haben eigentlich auch immer an das Gute geglaubt», erklärt dieser Arbeiter, der sich gegen die Radikalen gestellt hatte.

Sehr unterschiedlich wird die Gewerkschaft eingeschätzt. Grundsätzlich sind die Interviewten eher enttäuscht von der Unia. Wohlwollende Gemüter betrachten sie als ohnmächtig, andere als Teil der Intrige. Die allermeisten formulieren aber auf irgendeine Art und Weise, dass der Unia der eigene Auftritt wichtiger war,



Anders als die Gewerkschaften, machte der Künstler Mark Fels seine Arbeit im Sinne der ArbeiterInnen.

als die Anliegen der ArbeiterInnen. «Klar, mit Worten und Gesten taten sie so, als würde es ihnen um etwas gehen. Aber es könnte sein, dass es eigentlich mehr ihre eigene Propaganda war.»

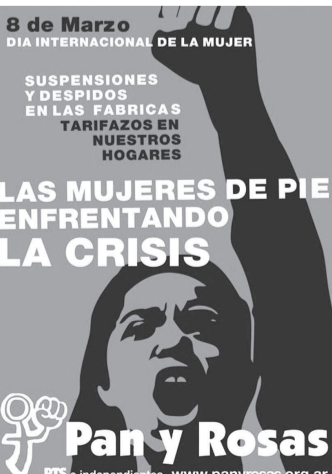
Diese und ähnliche Vermutungen über Gewerkschaft und Politiker sind häufig anzutreffen. Ebenso das altbekannte Phänomen, das Gewerkschaften verhandeln, wie es ihnen passt. «Als der Sozialplan mit Müller abgeschlossen wurde, waren wir nicht dabei. (...) Müller sagt, er habe mit Pardini¹ verhandelt. Okay, er hat schon mit Pardini verhandelt, aber Pardini hat uns nicht gefragt. Er hat keine Versammlung verlangt. Hätte es eine Versammlung gegeben, dann hätten wir gesagt: Pardini, wir wollen mehr!»

Mehr bekamen sie nicht. Ein kleiner Trost mag dieses Buch sein, das zumindest versucht, den ArbeiterInnen die Würdigung zu geben, die ihnen ansonsten verwehrt bleibt.

100 JAHRE FRAUENKAMPF



Plakate und Bilder aus 100 Jahre proletarischen Frauenkampf



«Auf den Schlachtfeldern lernten wir zu kämpfen»

INDIEN/AUFRUF Im Zusammenhang mit dem 8. März sowie der internationalen Kampagne gegen die staatliche indische Militäroffensive «Green Hunt» stellen wir die KAMS, eine Frauenorganisation aus Indien vor. Oder besser gesagt, wir lassen diese sich selber vorstellen.

(agkk/rabe) In Dandakaranya, einem Waldgebiet im Zentrum Indiens, das sich über die Grenzen von sieben Bundesstaaten erstreckt, ist seit rund 30 Jahren ein Volkskrieg im Gange. Geführt von maoistischen RevolutionärInnen, die sich 2004 zur Communist Party India (Maoist) vereinigten, kämpfen indigene Völker (die Adivasi) und besitzlose Bauern in den entlegenen und schlecht entwickelten Regionen für den Aufbau einer Gesellschaft jenseits der Unterdrückungsverhältnisse. Am unteren Rand der indischen Kasten- und Klassengesellschaft, wird ihnen das Leben schwer gemacht.

Die KAMS (Revolutionäre Adivasi Frauenorganisation), welche mit rund 90'000 Mitgliedern eine der größten kommunistischen Frauenorganisationen der Welt ist, kämpft gegen Frauenunterdrückung durch das Kastensystem, für emanzipierte Geschlechterverhältnisse sowie gegen sexuelle Gewalt an Frauen. Der vorliegende Text stammt von der KAMS selbst, wir haben ihn frei übersetzt und gekürzt. Der original Wortlaut ist zu finden auf <http://revolutionaryfrontlines.wordpress.com/2010/03/26/appeal-from-kams-revolutionary-ativasi-womens-organization/>

Aufruf der Krantikari Adivasi Mahila Sangathan

Lasst uns gemeinsam den bevorstehenden, faschistischen Angriff auf die Frauen von Dandakaranya und ihre Massenorganisationen zurückschlagen!

Liebe FreundInnen

Die KAMS arbeitet in den Wäldern Dandakaranyas, ein Gebiet, das von ca. 4 Millionen Menschen bewohnt wird. Die Bevölkerung in diesem Gebiet ist sehr heterogen zusammengesetzt, so leben zahlreiche Stammesvölker und Minderheiten verschiedener Nationalitäten hier. Die Frauen arbeiten 16 Stunden am Tag auf dem Feld, zu Hause, als Arbeiterinnen, sammeln Erzeugnisse des Waldes etc., alle Rechte werden ihnen verweigert. Die Frauen sind in eine minderwertige Position in der Gesellschaft verbannt. Die herrschenden Klassen der feudalistischen Kompradorenbourgeoisie¹, unterstützt von den Imperialisten, sind verantwortlich für die fortwährende Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen, da sie es



Militante Adivasifrauen in Lalgarh, West Bengalen

sind, die das Patriarchat in unserer Gesellschaft verankern.

Diese Verhältnisse herrschten, als die revolutionäre Bewegung 1980 in diesem Gebiet aktiv wurde.

So arbeitet die KAMS in Dandakaranya seit 30 Jahren mit dem Ziel, die Frauen zu befreien. Sie mobilisierte und führte die Frauen in Kämpfen gegen Forstbeamte und Fabrikmanager, erkämpfte bessere Arbeitsbedingungen



Adivasifrauen bei einer Kundgebung gegen Landnahme in Bengalen

für Tentblatt Sammlerinnen und bekämpfte sexuelle Ausbeutung und Gewalt durch auswärtige Händler. Die KAMS war jenen jungen Frauen eine helfende Hand, die sich gegen die Unterdrückung durch das Stammespatriarchat wehrten. Die KAMS rief die Adivasi Frauen dazu auf, für die Befreiung der Frauen zu kämpfen und unterstützte Schwesterorganisationen. Sie mobilisierte Frauen, um sich gegen die Polizisten, die ihre Dörfer angriffen, zu wehren, und diese zu verjagen.

Das Land denen, die es bebauen

Die KAMS gibt der Revolutionären Bewegung in Dandakaranya ihre volle Unterstützung, die für folgende Ziele kämpft: Das Land denen, die es bebauen; Den Wald den Adivasi; Die Staatsmacht den unterdrückten Menschen; Befreiung der Frau!

Die KAMS arbeitet Schulter an Schulter mit gleichgesinnten Massenorganisationen im bewaffneten Kampf und in der Propaganda gegen die ausbeuterische Regierung und ihre Armee. Wir nehmen aktiv an den Wahlboykotts teil mit dem Ziel, die Volksmacht aufzubauen als Alternative zur parlamentarischen Politik, in die wir jedes Vertrauen verloren haben. Die herrschenden Klassen, die dies nicht tolerieren können, üben brutale Gewalt aus gegen die Adivasi Frauen.

Die KAMS unterstützt alle Kämpfe der unterdrückten Menschen gegen die ausbeutenden, herrschenden Klassen, nicht nur in Dandakaranya sondern in ganz Indien und international. Wir unterstützen nationale Befreiungsbewegungen, die sich in der Vergangenheit in Indien wiederholt formiert haben. Auch der Kampf für politische Gefangene war immer ein Teil unserer Politik.

Als die CPI(Maoist) von der Zentralregierung für illegal erklärt wurde, schloss dieses Verbot die KAMS mit ein, eine revolutionäre Massenorganisation, die die Politik dieser Partei unterstützt. 1990 begann der Staat, unsere Organisation systematisch zu terrorisieren. Durch die Einführung diverser Gesetzesartikel wurden unsere Aktivitäten behindert, Tausende von Adivasifrauen der KAMS wurden seither eingesperrt. Manche sitzen seit 1990 hinter Gitter, verurteilt zu lebenslangen Haftstrafen, da die Regierenden nicht dulden, dass ihre Autorität in Frage gestellt wird. Aktivistinnen erlitten unsagbare

Qualen in den Gefängnissen, seit 1990 verschwanden viele Mitglieder der KAMS spurlos.

«Operation Green Hunt»

Um das Volk von Dandakaranya daran zu hindern, sich weiter zu organisieren, starteten Grossgrundbesitzer, Regierungen verschiedener Distrikte und Bundesstaaten in Zusammenarbeit mit Unternehmungen wie Tata group blutige Repressionskampagnen. Unter dem Banner von Salwa Judum² jagten uns paramilitärische Einheiten – Häuser, Felder, Hütten, Pfade, Bäume, Büsche, kein Platz war mehr sicher für uns. Die Naga-, Mizo- und CRPF-Einheiten³ zerhackten unsere Körper, unsere Brüste wurden abgehakt, unsere Geschlechtsteile wurden mit scharfen Waffen durchstoßen und schwangere Frauen wurde mit Bayonetten der Bauch aufgeschnitten. Die Tatsache, dass eine oder mehrere Frauen in fast jeder Familie vergewaltigt wurde, zeigt die Dimension der sexuellen Gewalt. Und als ob dies nicht alles schon genug wäre, bereitet sich der Staat jetzt auf eine massive Offensive gegen uns vor – die «Operation Green Hunt»⁴.

Viele Intellektuelle und DemokratInnen standen uns zur Seite um den faschistischen Angriff zu besiegen, der von den herrschenden Klassen durch Salwa Judum geführt wurde. Das «Komitee gegen Gewalt an Frauen» bildete eine nationale Organisation um die Öffentlichkeit zu informieren und die faschistische Gewalt an uns zu verurteilen. Die Mitglieder der Nationalen Frauenkommission verurteilten die Grausamkeiten und die sexuelle Gewalt an den Frauen in Dandakaranya. Jede, noch so kleine Unterstützung, die wir in dieser Zeit von jenen erhielten, die zu uns standen, gab uns Kraft und Selbstvertrauen. Die Leute sagen, Unterdrückung führt immer zu Widerstand. Wenn wir Salwa Judum nicht besiegen, werden wir schutzlos sein. Wenn wir nicht kämpfen, können wir diese Rechte, die wir in den letzten 25 Jahren des Kampfes erstritten haben, nicht verteidigen.

Im Zusammenhang mit Parlamentswahlen liessen die Regierungen der Bundesstaaten in Dandakaranya 500 Kompanien Paramilitärs und 8 Battalions der Aufstandsbekämpfungseinheiten CRPF (central reserve police force) in Dandakaranya aufmarschieren. Die Grey Hounds, die im Nachbarbundesstaat Andhra Pradesh für die Massakrierung und Massenvergewaltigung von hundert von RevolutionärInnen verantwortlich sind, dringen bereits über die Grenzen ihres Bundesstaates und jagen uns hier, plündern unsere Dörfer und brennen sie nieder. Die Zentralregierung hat Cobra-Battalione aufgestellt mit dem Ziel, die revolutionäre Bewegung komplett auszulöschen, unsere nackte Existenz zu zerstören um an die Bodenschätze zu gelangen, die in den Gebieten, die wir bewohnen, so reichlich vorhanden sind.

Wir bitten alle demokratischen Frauen, Massenorganisationen und Menschen, uns in welcher Form auch immer beizustehen, diesen ungerechtfertigten, unmenschlichen, undemokratischen und grausamen Angriff zu verurteilen, welchen die ausbeutenden herrschenden Klassen gegen uns führen wollen.

Solidarisch, Krantikari Adivasi Mahila Sangathan

Wer sich über die Internationale Kampagne gegen die Operation Green Hunt informieren will, siehe folgende Webseite: <http://www.icawpi.org/>

- 1 Bourgeoisie, die mit dem imperialistischen Kapital zusammenarbeitet
- 2 Von der Regierung aufgebaute bewaffnete Bürgerwehr
- 3 Spezialeinheiten zur Aufstandsbekämpfung
- 4 Militäroffensive mit 200'000 Polizei- und Armeekräften gegen die Adivasi und die CPI(Maoist)

Politische Gefangene

Die Zahl der politischen Gefangenen in indischen Gefängnissen ist unklar, es sind jedoch sicherlich Zehntausende, oftmals ohne Prozess oder nachgewiesene Straftaten. Indiens Premierminister liess kürzlich verlauten, es sei wichtig, 100'000 Adivasi aus dem Gefängnis zu entlassen, die dort ohne Prozess ihr Dasein fristen. (Nicht etwa, weil diese Ungerechtigkeit ihn stört, sondern um weitere Adivasi davon abzuhalten, sich den MaoistInnen anzuschliessen.)

Koordiniert mit der aktuellen Militäroffensive «Operation Green Hunt» scheint der indische Staat auch eine Repressionskampagne gegen MenschenrechtlerInnen, JournalistInnen und andere Stimmen in Indien zu verschärfen, die sich gegen die brutale Vorgehensweise des Staates und seiner Paramilitärs gegen die indischen Völker einsetzen. So wurde auch die Schriftstellerin Arundhati Roy Ende 2010 wegen Volksverhetzung angezeigt, nachdem sie an einer Konferenz für ein freies Kashmir teilgenommen hatte. Zahllose weitere Beispiele für Indiens Klassenjustiz liessen sich anfügen – so wurde ein Politaktivist zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt, nur weil er die internationale Zeitschrift «A world to win» von Englisch auf Hindi übersetzt hatte.

In breiten Kreisen regt sich Widerstand für die politischen Gefangenen, wie momentan bspw. nach der Verurteilung von Binayak Sen's, eines bekannten Menschenrechtsaktivisten und Medizinprofessors. Sowohl in Indien als auch international fanden Anfang dieses Jahres Kundgebungen in etlichen Grossstädten Europas, den USA und Kanada, als auch in Asien selbst statt. Und um mit einer weiteren guten Nachricht zu enden – seit dem 17. Januar ist zumindest eine Zelle in Indiens Gefängnissen wieder frei – 3 Kadern der CPI(Maoist) gelang in jener Nacht der Ausbruch aus einem Gefängnis in Chaibasa, in dem sie den Rest ihres Lebens hätten verbringen sollen.

Loulou la rouge

SPORT Pionierin des Alpinismus und des Feminismus: Loulou Boulaz kämpfte ihr Leben lang für die Gleichberechtigung der Frauen.

(rabs) 1908 im Waadtland geboren, wuchs Loulou Boulaz in Genf auf. Ihre Mutter arbeitete bis zur Heirat als Lehrerin, musste dann aber ihren Beruf an den Nagel hängen, da verheiratete Lehrerinnen an der Volksschule nicht geduldet wurden. Sie eröffnete in der Folge ein Café in Genf, mit dem sie die Familie durchbrachte. Der Vater war oft arbeitslos.

Schon früh begann Loulou Boulaz zu klettern, zuerst am Genfer Hausberg Salève, wo viele bedeutende AlpinistInnen lernten, sich im Fels zu bewegen.

Bergsteigen und Klettern war damals ein Sport, der vor allem von gut situierten Männern betrieben wurde. Boulaz war also in Bergsteigerkreisen in mehreren Hinsichten die Ausnahme: Als Frau in einem männerdominierten Sport, als kleingewachsene Person – sie mass 1,53 m – in einem Sport, in dem grosse Menschen gewisse Vorteile haben, als Arbeiterin bei Aktivitäten, die lange der Oberschicht vorbehalten waren und als Kommunistin in einer bürgerlichen Gesellschaft.

Der Kampf um Anerkennung und Gleichberechtigung beim Bergsteigen

Bergsteigen war seit jeher ein Männersport. Zwar stiegen schon im 19. Jahrhundert auch Frauen auf die Berge, wie Henriette d'Angeville, die als erste Frau den Mont Blanc bestieg. Die verbreitete Vorstellung des Alpinisten war jedoch die des mutigen starken Mannes, der den Kampf mit der wilden und gefährlichen Bergwelt aufnahm und die Gipfel, Gletscher und Felswände in heroischem Kampf bezwang. In den Reiseberichten wurden viele an den Krieg angelehnte Metaphern benutzt, der Sport wurde überhaupt vor allem als Training für das Soldatentum und den Krieg angesehen.

Die Selbstverständlichkeit der Männerbastion ging so weit, dass bei der Gründung des Schweizerischen Alpenclubs (SAC) nicht explizit erwähnt wurde, dass Frauen nicht als Mitglieder erwünscht seien. Das wurde erst in die Statuten aufgenommen, als klar wurde, dass sich die Frauen auch aktiv als Alpinistinnen zu profilieren begannen: 1907 beschlossen die Delegierten des SAC, die Frauen auszuschliessen. Die Begründung war, die Absicht der Gründung 1863 sei gewesen, einen reinen Männerclub zu gründen.

Auch ausserhalb der Clubs mussten die Frauen um Anerkennung kämpfen. Die Leistungen der Frauen wurden heruntergespielt, Loulou Boulaz selbst erzählte, dass sie nicht als vollwertige Bergsteigerin angesehen wurde. Wenn sie mit Männern unterwegs war, hörte sie danach, dass die Leistung der Seilschaft diesen zu verdanken gewesen sei. Wenn sie ausschliesslich mit Frauen kletterte, wurde ihnen unterstellt, sie seien gar nicht auf dem Gipfel gewesen. Touren, die auch von

Frauen geklettert wurden, verloren für die Männer an Wert, weil sie dachten, Frauen könnten nur einfache Berge besteigen.

Ein weiterer Streitpunkt war das Erscheinungsbild der Frauen in den Bergen. Die meisten Alpinistinnen versuchten, mit ihrem Äusseren zu betonen, dass sie weiblich waren, sich entsprechend zu kleiden und zu benehmen, um nicht der Kritik der „Vermännlichung“ durch das Betreiben eines «Männersports» ausgesetzt zu sein. Dieses Spiel spielte Loulou Boulaz nicht mit. Sie sah sich nicht als besonders weiblich, kleidete sich so, dass es zum Klettern angebracht war und sprach von sich auch mal in der männlichen Form. In einem Tourenbericht schreibt sie von sich vom «zweiten Mann einer Seilschaft», in einem anderen ist sie «froh, der Leichteste in der Seilschaft zu sein»¹. Sie sah sich als «neutrale Persönlichkeit, deren Geschlecht keine Rolle spielen sollte»².

Sportlicher Wettkampf statt moralische Erbauung

Boulaz gab offen zu, den Wettkampf zu suchen und sich auch mit Männern zu messen. Auch deshalb wurde sie schief angeschaut. Die vorherrschende Meinung war, dass Frauen Sport machen um ein gutes Bild abzugeben und einen schönen Körper zu zeigen. Im Gegensatz zu den Männern, bei denen Kraft, Mut und Zähigkeit in den Vordergrund stand, wurden die Sportlerinnen als «rank und schlank und eine Augenweide»³ beschrieben.

Dass Boulaz auch darauf aus war, besser zu sein als andere, war vielen ein Dorn im Auge. Wohl auch, weil sie diesen Anspruch durchaus erfüllte. Sie war eine hervorragende Alpinistin, die manchen Mann mit ihren Leistungen in den Schatten stellte. 1935 durchstieg sie die Nordwand der Grandes Jorasses im Mont-Blanc-Massiv zwei Tage nach der Erstbesteigung durch zwei Männer.

Zum grossen Entsetzen der Presse und von Bergsteigerkreisen versuchte sie zusammen mit ihrem langjährigen Partner Pierre Bonnant, die noch unbezwungene Eigernordwand zu durchsteigen. Viele waren schon in dieser Wand umgekommen und es wurde als Provokati-

on und der schweizerischen Mentalität widersprechend angesehen, es wieder zu versuchen. Für die «moralische Erbauung» und die «patriotischen Gefühle»⁴ um die es den traditionell ausgerichteten Bergsteigern ging, war die Eigernordwand nicht zu gebrauchen. Für diejenigen, die die sportliche Herausforderung suchten, die BergsteigerInnen, die wie Boulaz die modernere Auffassung des Sportkletterns vertraten, war sie jedoch eine willkommene Herausforderung. Die Genugtuung, die Wand zu durchklettern, blieb Boulaz jedoch auch nach vier Anläufen verwehrt.

Boulaz war auch «eine der ersten Schweizer Alpinistinnen, welche sich überhaupt an einen 8000er wagte»⁵, als sie bei einer Expedition zum Cho Oyu im Himalaya dabei war.

Politische Aktivistin

Aus ihrer dauernden Position als Aussenseiterin zog Boulaz auch die entsprechende Konsequenz. Sie kämpfte nicht nur für die persönliche Gleichberechtigung, sondern engagierte sich auch in der feministischen Organisation «Attaque», wo sie zur kämpferischen Fraktion gehörte⁶. Während des 2. Weltkriegs wurde die bekennende Kommunistin von der Tribune de Genève, für die sie als Bundeshauskorrespondentin arbeitete, wegen ihrer politischen Einstellungen entlassen. Bis ins hohe Alter – sie starb 1991 mit 83 Jahren – blieb sie der Politik treu und war an Aktionen und Demonstrationen dabei.



Loulou Boulaz 1951 auf dem Col d'Argentières

- 1 Schweizerische Stiftung für Alpine Forschungen (Hg.): Berge der Welt, Band 1, 1946, Inter Verlag, Zürich, S. 88 und 166.
- 2 Tanja Wirz: Gipfelstürmerinnen, Hier+Jetzt, Baden, 2007, S. 272.
- 3 Jahrbuch des Schweizerischen Skiverbandes 1936, S. 179. Zitiert von Tanja Wirz: op. cit. S. 273.
- 4 Tanja Wirz: „Loulou in der Nordwand“ In: Das Magazin, 14.8.1999.
- 5 Willy Blaser, «Der Mount Everest ist kein «Kavalier»...» In: Solothurner Zeitung, 29.8.2000
- 6 Tanja Wirz: Gipfelstürmerinnen, op. cit. S. 269.

Widerstand gegen Kleiderladen

ANTIFA Seit einem halben Jahr verkauft «Power-Zone» in Basel rechten Lifestyle an die geneigte Kundschaft. Doch nicht alle sind geneigt...

(rabs) Man könnte sagen, die Arbeit hiesiger AntifaschistInnen war in mancher Hinsicht einfacher, als Nazis noch alle mit Glatze und Bomberjacke samt SS-Runen herumlaufen. Seit einigen Jahren aber befindet sich der rechte Lifestyle im Wandel. Die Kleidungsweise von Nazis hat sich verändert und ist schwieriger als solche zu erkennen. Die Gründe dafür sind juristischer Druck und die Spaltung der Szene in Subkulturen mit unterschiedlichen neofaschistischen Inhalten. Was natürlich leider nichts daran ändert, dass Nazi-Kleidung ein wichtiger Bestandteil subkultureller Identifikation und Rekrutierung rechter Kreise bleibt. Kommt dazu, dass im Gegensatz zu ehemals beliebten Skin-Marken wie Lonsdale oder Fred Perry, bei einigen heutigen Marken wie Hatewear, Rizist, ProViolence oder – am bekanntesten – Thor Steinar, direkte organisatorische und finanzielle Verbindungen zu faschistischen Strukturen bestehen.

Feldbergstrasse drei...

Letztere beiden Marken könnten den Besitzern vom im September eröffneten Kampfsport-Laden „Power-Zone“ zum Verhängnis werden. Schon wenige Tage nachdem Benjamin Winzeler und Lorenzo Zanolari ihr Geschäft in Basel eröffnet hatten, wiesen Flugschriften



Eingeschlagenes und farbiges Schaufenster

im Quartier auf den Charakter des Ladens als Versorger der lokalen Nazi-Szene hin. Im Gegensatz zu Deutschland, wo durch intensive Antifa-Kampagnen der Hintergrund insbesondere von Thor Steinar beleuchtet wurde, geniesst die Nazi-Marke in der Schweizer Öffentlichkeit die gewünschte Unbekanntheit. Diese Unbekanntheit steht allerdings im Kontrast zum Bekanntheitsgrad innerhalb der rechten Szene. Auf Nazi-Foren wird über den Laden berichtet und Anwohner haben seit Septem-

ber vergangenen Jahres eine Zunahme von offensichtlichen Nazis rund um den Laden beobachtet. Da verwundert es nicht, wenn Winzeler freizügig angibt, er selber habe zwar keine Sympathien für den rechten Rand, er mache aber einen Grossteil seines Umsatzes mit besagten Marken und nehme sie deshalb sicher nicht aus dem Sortiment.

...wird nazifrei!

Ob es allerdings dabei bleibt, darf zu Recht bezweifelt werden. Weitere Flugblatt-Aktionen, Wandzeitungen und Plakate, haben den unbescholtenen Ruf des Ladens und seiner Waren beträchtlich angekratzt. So muss selbst das Lokalblatt BaZ, welches sicher nicht durch antifaschistisches Bewusstsein überzeugt, in seinem letzten Artikel vom 14. Januar einräumen, dass Thor Steinar als «Erkennungsmerkmal der Neonazi-Szene dient. Doch offensichtlich wollen die AntifaschistInnen nicht einfach darauf vertrauen, dass öffentlicher Druck und kritische BaZ-Berichte die Besitzer oder deren Vermieter zum Umdenken bewegen. Vielmehr kommt der Druck auf den Laden auch direkt von der Strasse, und zwar in Form von Farbe, Steinen, Brandsätzen und Sekundenkleber.

Verhindert Religiosität das Klassenbewusstsein?

FUNDAMENTALISMUS Aus proletarischer Sicht definieren wir naturgemäss die herrschende Klasse als oberstes Feindbild, dessen Interessen sich antagonistisch zu den unsrigen verhalten.

(agafzh) Zu dieser herrschenden Klasse zählen wir primär die Grosskapitalisten mitsamt deren ideologischen Vasallen in Gestalt von bürgerlichen Medien und Parteien sowie den von diesen gebildeten und geprägten Staat. Früher galt zudem die Kirche oder die Kirchen ebenfalls als fixer Bestandteil einer fast jeden herrschenden Klasse in europäischen Staaten. Bekanntlich hat aber in den letzten Jahrzehnten die Relevanz und politische Einflussnahme dieser Landeskirchen, selbst in ehemals äusserst Rom-loyalen Staaten wie Italien oder Spanien, massiv abgenommen. Die Landeskirchen können somit nicht mehr wie einst als die mächtige Fraktion in der herrschenden Klasse wahrgenommen werden. Ist die Religion damit weggefallen als zähe Hürde für eine, in unserem Sinne als MarxistInnen, fortschrittliche Bewusstseinsbildung? – Leider nicht!

Wir anerkennen zwar, dass viele Menschen ein fortschrittliches politisches Engagement mit einer persönlichen religiösen Einstellung verbinden. Nahezu alle Religionen haben auch ein utopisches Moment einer gerechten Gesellschaft. Damit sie wirksam ist, muss eine Ideologie wie die Religionen etwas haben, mit dem sich die Leute identifizieren können. Wenn wir das alles wahrnehmen, ändert das nichts daran, dass die Kirchen – und speziell die Freikirchen, um die es in diesem Artikel besonders geht – eine geballte reaktionäre politische Kraft darstellen. In den vergangenen zwei Jahren erschienen reihenweise Medienberichte über evangelikale Christen in den Schweizer Volksschulen. Die Rundschau auf SF vom 7.10.2009 beispielsweise berichtete darüber wie sich bibeltreue Lehrpersonen in Dachorganisationen wie dem „Verein biblischer Gruppen“ organisieren um die vorgegebenen Lehrpläne mit biblischen Inhalten zu unterwandern. Weiter nennt in diesem Bericht der Schweizer Lehrerverband einen Anteil von rund 15%, welchem er evangelikal gesinnten Studenten an der pädagogischen Hochschule Zürich zurechnet. Die ZS, Studentenzeitung der Uni Zürich, geht in einem Bericht der Ausgabe vom 27.3.09 gar von einem Anteil von rund 30% aus, was ohne weiteres den Erfahrungsberichten der StudentInnen entspricht, welche an der pädagogischen Hochschule Zürich studieren und bereit waren, den Autoren dieses Artikels Auskunft zu erteilen.

Generell berichten Religionsexperten von einem Aufschwung christlich-fundamentalistischer Gemeinschaften. So kehren viele Menschen hierzulande der reformierten oder katholischen Landeskirche den Rücken und suchen anstatt dessen den Anschluss bei einer der unzähligen Freikirchen, welche zwar untereinander sehr verschieden sind, jedoch grösstenteils zu einer strikteren Bibelauslegung neigen als dies etwa die reformierte Landeskirche tut. Viele davon sind jedoch unverblümt fundamentalistisch. Das heisst, sie basieren auf einer evangelikalen, also strikt bibeltreuen Grundlage.

Die WOZ vom 4.11.2010 lieferte dazu ein Porträt der grössten aller Freikirchen in der Schweiz, dem ICF, der Christian Fellowship. Begonnen hatte diese Freikirche in den 1990ern mit ein paar wenigen hundert Anhängern in der Schweiz, heute erscheinen sonntags angeblich alleine in Zürich bis zu 3000 Anhänger zu den gestaffelt abgehaltenen Predigten in der Maag-Halle. Die Freikirche beschäftigt rund fünfzig Festangestellte und unterhält mittlerweile dutzende Ableger im In- und Ausland. Aufgebaut wurde diese Freikirche nach dem Vorbild der amerikanischen „Mega-Churchs“. Grosse Massenveranstaltungen mit zeitgemäßem Event-Charakter. Gegen aussen poppig und offen, gegen innen christlich-fundamentalistisch. Angeführt werden solche Mega-Churchs meist von sogenannten charismatischen Persönlichkeiten, welche der Kirche ein Gesicht geben und um welche nicht selten ein regelrechter Personenkult betrieben wird. Den Anhängern wird zudem ein soziales Netzwerk mitsamt Möglichkeiten zur gemeinsamen Freizeitgestaltung geboten. Ein kurzer Blick auf die Website des ICF genügt um zu erkennen, wie dies auch hierzulande so gehandhabt wird. Weniger offensichtlich kommuniziert, aber vom ICF letztlich offen eingestanden wird der Fakt, dass sich diese Freikirche weitgehend durch Spenden finanziert, welche die Mitglieder als religiöses Gebot zu entrichten haben. Diese Spende soll einen Zehntel des privaten Einkommens umfassen. Ohne Geld scheint sich also die Liebe zu Jesus beim ICF nicht ausleben zu lassen. Man könnte an dieser Stelle auch problemlos weiterführen, wie der gegenwärtige

Kapitalismus im Verwertungsnotstand mittlerweile auch der Religion den Warencharakter überzustülpen weiss, doch darum soll es in diesem Artikel nicht gehen.

Der Verband evangelischer Freikirchen, zu welchem auch der ICF gehört, umfasst nach eigenen Angaben ca. 150 000 Mitglieder. Tendenz steigend, glaubt man Einschätzungen von Experten. Verlässliche Angaben darüber, wie viele sich nun tatsächlich in evangelikalen Strukturen organisiert haben, gibt es nicht. Dafür ist die Szene zu weit verzweigt und zu undurchsichtig.

Was hat dies für die revolutionäre Linke zu bedeuten?

Erstens ist es für eine emanzipatorische Politik im diesseits unerlässlich sich mit materiellen Fakten und Abläufen zu befassen. Andersrum sind bestehende ökonomische, soziale und jegliche gesellschaftliche Zusammenhänge überhaupt, nicht zu begreifen. Egal ob Anarchisten, Autonome oder Kommunisten jeglicher Couleur, allen geht es um gesellschaftliche Veränderungen auf dieser, materiell fassbaren Welt, welche letztlich real von Menschenhand herbeigeführt werden müssen. An höhere Mächte zu glauben und auf eine Erlösung von oben zu warten liegt für eine fortschrittlich gesinnte Person von heute nicht drin. Metaphysische, in Jahrtausenden alten Büchern festgehaltenen Erklärungsmuster den modernen Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften vorzuziehen, ist schlicht absurd. Ausser man bekennt sich offen dazu, sich gar nicht für eine rationale Wahrnehmung der Welt zu interessieren und anstatt dessen sein Leben und die Welt lieber als ein Märchen freier Wahl auffassen möchte.

Menschen mit solch religiösen Betrachtungsweisen waren und sind seit jeher schlecht empfänglich für sämtliche Erklärungsmuster wie die marxistischen unsererseits. Es ist gar nicht erst möglich auch nur eine gemeinsame Ebene für inhaltliche Auseinandersetzungen zu finden. Bemühungen, die Klasse für ein fortschrittliches Bewusstsein zu einen, scheitern kläglich an solchen Geisteshaltungen. Schön wäre es, Religiosität wäre alleine ein Phänomen in der Bourgeoisie.

Die wachsende Bedeutung der Freikirchen als Bastionen der Reaktionäre

Der oben erläuterte Aspekt ist nicht neu und hat mittlerweile schon unzählige Generationen von politisch fortschrittlichen Menschen gequält. Neu ist hingegen der wachsende politische Einfluss der Freikirchen in der Schweiz. Beschränkte sich früher die politische Einflussnahme vonseiten religiöser Institutionen primär auf die römisch-katholische Kirche, drängt es heute vermehrt die evangelikalen Freikirchen zur politischen Einflussnahme. Als freikirchlich geprägte Partei ist uns vordergründig die EDU bekannt, welche aber auf nationaler Ebene einen eher marginalen Einfluss ausübt. Nichtsdestotrotz ist es aber immer wieder verstörend zu vernehmen, wie unverblümt erreaktionär die Gesinnungen der Exponenten dieser Partei sind. So wird mit dem Willen Gottes so ziemlich alles erklärt und gerechtfertigt. Zum Beispiel wieso Schwule geistig krank sein müssen oder wieso jeglicher Sex ohne Zeugungsabsicht amoralisch sei. Damit offenbaren die evangelikalen eine Sexualmoral, welche noch restriktiver ist als diejenige des islamisch-fundamentalistischen Wahhabismus.

Doch auch in den grossen nationalen Parteien fin-

den sich Freikirchliche, wie gemäss der NZZ vom 6.3.2010 beispielweise Werner Messmer(fdp) oder Eric Nussbaumer(sp).

Aber auch aussenparlamentarisch machen Freikirchliche Mobil. So fand z.B. am 18. September in Zürich ein sogenannter „Marsch fürs Läbe“ statt an welchem grossflächig Befürworter der Fristenlösung mit Befürwortern von Kindstötungen gleichgesetzt



Ein uraltes Symbol - mit aktueller Wirkung.


wurden. Mit kollektiven Gebeten wurde der Anlass schliesslich beendet.

Mit der SVP besteht denn hierzulande auch noch eine grosse Partei, welcher der fundamentalistischen Freikirchen in vielen Punkten politisch entspricht. Parallelen hierzu lassen sich wieder einmal in den USA finden, wo die fundamentalistischen Freikirchen eine der wichtigsten Wählergruppen der Republikaner ausmachen. Angst vor Islamisierung oder Säkularisierung, reaktionäres Rollenbild der Frau und Vorstellungen von Erziehung und Familie aus dem vorletzten Jahrhundert, an gemeinsamen Standpunkten zwischen Evangelikalen und rechten Parteien mangelt es selten. Kein Wunder bekennen sich denn auch hierzulande SVP-Politiker wie Christoph Mörgeli offen zu ihrem Glauben. Anbiederung muss schliesslich sein.

Bleibt festzuhalten, dass fundamentalistische Christen auch hierzulande einen nicht unwesentlichen und erst noch wachsenden Bestandteil der reaktionären Mobilisierung ausmachen. Für uns als KommunistInnen bleibt daher nichts anderes übrig als sich auch diesen, wenn auch besonders kruden Elementen der Reaktion, anzunehmen. Gerade der Vereinnahmung junger Menschen in urbanen Gebieten, eine Hausspezialität des ICF, muss in Zeiten wie der heutigen entschieden entgegengetreten werden.

kommunismus lesen. aufbau abonnieren.

jahresabo 30 fr.
förderabos 50, 100 fr. oder nach Wahl



info@aufbau.org oder www.aufbau.org

Jetzt bei uns erhältlich in deutscher Übersetzung:

INTERNATIONALE DEBATTE

URBAN PERSPECTIVE Ein Dokument der Communist Party of India (Maoist)

Das Dokument über Strategie und Taktik der Kommunistischen Partei Indiens (Maoistisch) liefert eine differenzierte Klassenanalyse der veränderten indischen Gesellschaft, insbesondere in Bezug auf das stark angewachsene Proletariat in den Städten. Der Hauptteil des Dokuments erläutert die Methoden und Richtlinien für ihre Arbeit in den Städten, strategischer Ansatz und Ziele, Formen der Organisation und des Widerstandes, die Partei, die vereinte Front und militärische Aufgaben, die Propaganda, u.a. Der Schlussteil reflektiert die hauptsächlichen Fehler ihrer Praxis in den letzten 30 Jahren und identifiziert unmittelbare Aufgaben. 52 Seiten, 12.- Franken/7 Euro, erhältlich im Aufbau-Vertrieb oder zu bestellen über info@aufbau.org mit Versandkosten.

Lesung und Diskussionsveranstaltung mit

Stella Calloni - Operacion Condor

«Genauere Kenntnis des Feindes ist der erste Schritt zu Schutz und Offensive»

Das Buch Operación Cóndor prangert eine Reihe der schlimmsten Verbrechen der Gegenwart an, verübt von den USA gegen die Völker Lateinamerikas und präsentiert damit einen klassischen Text zum wirklichen Verständnis des Yanqui-Imperialismus. Die Liste der wichtigen Persönlichkeiten, ob militärischen oder zivilen Hintergrunds, die zuhause oder im Ausland feige ermordet worden sind, ist lang. Nicht zu vergessen die Verschwörung in Chile, die mit dem Tod von Salvador Allende und der Einsetzung einer faschistischen Regierung endete.

Zürich: Freitag 11. März 2011 um 19.30 Uhr im Volkshaus, grüner Saal.

Basel: Mittwoch 9. März um 19.30 Uhr (Ort siehe www.aufbau.org)



LoRa 97.5 MHz

Sonntag 18 bis 20 Uhr

Die nächsten Daten:

03.04.2011
01.05.2011
05.06.2011

Wiederholungen jeweils donnerstags 10 bis 12 Uhr

1.Mai: dranbleiben, vorbeikommen, reinhören live aus Zürich!

Kritik und Anregungen an:
Rote Welle, Postfach 8663, 8036 Zürich

100 Jahre internationaler Frauenkampftag

Wir Frauen können auf eine lange und kämpferische Geschichte zurückblicken! Kommt alle zu den Aktionen rund um den 8. März 2011:

08.03.11 18:00 Stadtrundgang Frauenkampf ist (k)ein Stadtrundgang, Stadelhoferplatz, Zürich

12.03.11 13:30 Frauendemonstration Gestern-Heute-Morgen, Frauenkampf überall! Hechtplatz, Zürich

19.03.11 14:00 Demonstration, 140 Jahre Pariser Kommune, Landesmuseum, Zürich

Von unten links gegen oben rechts! Klasse gegen Klasse! Heraus zum internationalen Frauenkampftag 2011! Kämpfen lohnt sich!



vorwärts- die Waffe für den Klassenkampf



bewaffe dich mit einem Abo.

ausschneiden und einsenden an
vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich
oder elektronisch www.vorwaerts.ch

Jahresabo für CHF 160.- Nichtverdienende für CHF 110.-
 Halbjahresabo für CHF 85.- Probeabo: 6 Nummern für CHF 10.-

Name/Vorname: _____
Strasse/Nr. _____
PLZ/Ort: _____

Buchhandlung am Helvetiaplatz

Stauffacherstrasse 60
8026 Zürich 4
Telefon 01 241 42 32
Telefax 01 291 07 25
www.helvetiabuch.ch

Politik | Von >Adorno bis >Zapata



Der neue Webauftritt der jungen Welt. Die ganze Zeitung im Internet.

Die *junge Welt* ist eine überregionale, von Parteien und Organisationen unabhängige linke Tageszeitung. Jeden Tag finden Sie in ihr mindestens zwei aktuelle Interviews, eine tagesaktuelle Schwerpunktseite, fünf Seiten Politik, zwei Thema-Seiten, ein junges Feuilleton sowie »kapital & arbeit« auf Seite 9. An drei Tagen ist eine halbe Seite für unsere Leserinnen und Leser reserviert. Die täglichen Kommentare, die Wochenendbeilage »faulheit & arbeit« und die jeweils wöchentlich erscheinenden Seiten »Feminismus« und »Antifa« sind in Art und Inhalt einmalig. Hauptaufgabe der Zeitung: Bestehende Verhältnisse ungeschminkt beschreiben, analysieren, kritisieren. Der Marxismus ist dazu ein wichtiges Instrument.

www.jungewelt.de

Mehr Nachrichten, mehr Analyse, mehr Information.



H.R. Breitenmoser
Landenbergstrasse 10
CH-8037 Zürich
Tel. 044 272 17 10
Fax 044 271 77 26

adag@adagzebra.ch

Briefschaften • Plakate • Flyer • Postkarten • etc.

«Der Stiefel muss weg»

GESCHICHTE Die «Bibliothek des Widerstands» dokumentiert soziale Kämpfe seit den Sechziger Jahren.

Die Herausgeber der «Bibliothek des Widerstands», Willi Baer und Karl-Heinz Dellwo, wollen filmisches Material über soziale Bewegungen, linke Organisationen und Persönlichkeiten einfacher zugänglich machen. In teilweise mühevollen Prozessen werden Dokumentarfilme restauriert, die aus linker, emanzipatorischer Perspektive gedreht wurden. Die Filme erscheinen monatlich als «Mediabook» jeweils gemeinsam mit einem Buch, in dem Fotos, Dokumente und Hintergrundtexte zum gleichen Thema enthalten sind. Die bis jetzt erschienenen Mediabooks handeln unter anderem von den Militärdiktaturen in Argentinien und Chile, von der StudentInnenbewegung in den USA, von Angela Davis und auch vom Jahr 1968 in der Schweiz. Mit einem Film über die Revolte in Griechenland nach dem Tod von Alexandros Grigoropoulos und über Attac im Kontext mit der Antiglobalisierungs-Bewegung werden aktuelle Kämpfe aufgegriffen. Geplant ist, die wichtigsten Kämpfe aus allen Ländern und Regionen der Welt abzudecken. In Aussicht gestellt sind etwa Mediabooks zur Zengakuren-Bewegung in Japan oder zu den indischen NaxalitInnen.

Die Idee zur «Bibliothek des Widerstands» kam im Jahr 2008 auf als Reaktion auf die im Jubiläumsjahr verstärkte Abrechnung mit der 68er-Bewegung: «Die bürgerliche Geschichtsschreibung steht wie ein Stiefel auf der Erkenntnisfähigkeit der Menschen. Der Stiefel muss weg.»¹ Auch von linker Seite fand zwar eine schriftliche Auseinandersetzung statt, andere Medien wurden jedoch nur wenig berücksichtigt. Gerade mit Filmen wird Geschichte auf eine andere Art spürbar gemacht. Filmsequenzen, die im Moment des Geschehens aufgenommen wurden, vermitteln dieses unmittelbarer als im Nachhinein geschriebene Texte. Ein wichtiges Anliegen der Herausgeber ist es, aus vergangenen Kämpfen Impulse und Handlungsmöglichkeiten für die aktuellen Auseinandersetzungen zu gewinnen. Das Scheitern vieler dieser Bewegungen soll dabei nicht beschönigt werden. Vielmehr sollte mit kritischem Blick der AutorInnen und der LeserInnen die Gründe dieser Niederlagen aufgezeigt werden, um daraus zu lernen. Im Folgenden werden zwei der Publikationen näher beleuchtet.

Die Verschwundenen in Argentinien

Die Bände acht und neun der «Bibliothek des Widerstands» handeln von der letzten argentinischen Militärdiktatur zwischen 1976 und 1983. Dem gezielten «Verschwindenlassen» durch die Junta, deren erklärtes Ziel es war, das Land von der Subversion zu säubern, fielen geschätzte 30'000 Menschen zum Opfer. Dem Aufenthalt in Geheimgefängnissen, der mit massiven Folterungen verbunden war, folgte meist der Tod. Nicht wenige wurden aus einem Flugzeug ins Meer geworfen. Darunter waren auch um die 100 Deutsche. In Band acht sowie auf je einem Film ist das Schicksal von zwei von



Neuer Denkmal-Standort nach der zweiten Sprengung durch die WUO.

ihnen dokumentiert. Die Verstrickung der deutschen Botschaft und des Auswärtigen Amtes in den Putsch und die Repressionsmassnahmen werden aufgezeigt. So war der deutsche Botschafter in Argentinien schon einen Monat vor dessen Machtübernahme über die Absichten des Militärs informiert. Der Waffenhandel zwischen Deutschland und der Junta lief ohne Schwierigkeiten und während der Fussball-WM, die 1978 in Argentinien stattfand, vermittelten deutsche Zeitungen das Bild eines Landes, in dem Ruhe und Ordnung herrsche. Auch Band neun beleuchtet den Zusammenhang zwischen Deutschland und Argentinien. Der geschichtliche Überblick beginnt mit der sogenannten Rattenlinie, über die nach dem zweiten Weltkrieg Nazis nach Argentinien geschleust wurden. Der damalige Präsident Juan Domingo Perón hatte offene Sympathien für Hitler. Praktische Hilfe kam auch aus anderen Staaten: Die von der US-Armee geführte «Escuela de las Americas» bildete argentinische Militärangehörige aus, Frankreich gab die Erfahrung in der Aufstandsbekämpfung weiter. In den beiden Bänden gibt es zum Teil Überscheidungen. Sie denunzieren die Machenschaften der Junta, befassen sich aber nicht mit der linken Bewegung Argentiniens, deren Stärke ein wichtiger Grund für die Machtübernahme der Militärs war.

Bring the war home!

Diese Parole drückte das Ziel der Wheeler Underground Organization (WUO) aus, die 1969 aus der studentischen Antikriegs-Bewegung hervorgegangen war. Die Einsicht, mit langjährigem friedlichem Protest nichts erreichen zu können und die Ausstrahlung der Befreiungskämpfe im Trikont führten zur Gründung der kommunistisch orientierten Untergrundorganisation. In verschiedenen Städten der USA wurden Widerstandszellen gebildet. Der Kampf gegen den Vietnamkrieg sollte im Zentrum des Imperialismus geführt werden. Ein weiterer wichtiger Anknüpfungspunkt war die Bewegung um die Black Panther Party.

Die Bombenanschläge der WUO richteten sich gegen staatliche, militärische und polizeiliche Einrichtungen. Fred Hampton, Mitglied der Black Panther Party, wurde im Jahr 1969 von der Polizei im Schlaf erschossen. Seine Ermordung wurde mit einem Anschlag auf eine Polizeistation beantwortet. Im gleichen Jahr sprengte die WUO das Polizeidenkmal auf dem Haymarket Square in Chicago, das die Niederschlagung des Haymarket Riots im Mai 1886 symbolisierte. Nach dem Wiederaufbau wurde es ein Jahr später erneut zerstört. Um die Bombardierung der vietnamesischen Stadt Hanoi zu denunzieren, führte die WUO im Jahr 1972 einen Bombenanschlag auf das Pentagon durch.

Der Abzug der US-Truppen aus Vietnam und die Abschwächung der linken Bewegung im Gesamten führte zu einer Orientierungslosigkeit innerhalb der Gruppe. Ein Teil kehrte in die Legalität zurück und stellte sich der Polizei, viele konnten aber wegen ille-

galen Ermittlungsmethoden des FBI nicht verurteilt werden. Andere führten in der «May 19th Communist Coalition», benannt nach dem gemeinsamen Geburtstag von Malcolm X und Ho Chi Minh, den bewaffneten Kampf weiter.

Der Film «The Weather Underground» (2002) dokumentiert die Geschichte der WUO. Er zeigt viele eindrückliche Originalaufnahmen wie die öffentliche Begehung der Wohnung Fred Hamptons, während der viele Menschen sich davon überzeugen konnten, dass die Spuren gegen die polizeiliche Version einer Erschiessung im Gefecht sprachen. Verschiedene ehemalige WUO-Mitglieder, oft heute noch in linken Zusammenhängen aktiv, kommen mit ihren Reflexionen zu Wort. Auch im Buch sind Texte abgedruckt, die von ehemaligen Mitgliedern verfasst wurden. Neben weiteren Beiträgen von und über die WUO werden andere Teile der linken Bewegung der USA wie die der schwarzen Bevölkerung, die Bewegung der Native Americans und die Befreiungsbewegung Puerto Ricos thematisiert. Ob zwischen dem bewaffneten Kampf in Westeuropa und den USA ein Zusammenhang bestand, wird sowohl im Buch als auch im Film offen gelassen.

¹ Karl-Heinz Dellwo in einem Interview mit der jungen Welt, 18. März 2010.

«Bibliothek des Widerstands»

Die «Bibliothek des Widerstands» erscheint im Laika Verlag und kann im Abonnement oder als Einzelband bestellt werden. Bis jetzt erschienen sind folgende Bände:

- Band 1: Der 2. Juni 1967
- Band 2: Angela Davis
- Band 3: Schrei im Dezember (Griechenland)
- Band 4: Krawall (Schweiz 1968)
- Band 5: Rebels with a Cause (USA)
- Band 6: The Weather Underground
- Band 7: De Schlacht um Chile, 1973 - 1978
- Band 8: Dass du zwei Tage schweigst unter der Folter!
- Band 9: Panteón Militar. Kreuzzug gegen die Subversion: Argentinien 1976 - 1983
- Band 10: Attac. Gipfelstürmer und Strassenkämpfer

ABAKUS

(kur) Im letzten Abakus musste die Bedeutung des folgenden Ausdrucks gefunden werden:

(Kapitalismus)ER

Die Lösung ist naheliegend. Sie trifft sicher auf Josef Ackermann zu, denn «er ist ein Exponent des Kapitalismus».

Dass Ackermann den Kniff mit dem G-Strich schon seit geraumer Zeit drauf hatte, beweist auch seine 1977 an der Hochschule St. Gallen eingereichte Doktorarbeit zum Thema «Einfluss des Geldes auf das reale Wirtschaftsgeschehen». Schlichte Wahrheiten sind oft die schönsten – wir wären vermutlich nie darauf gekommen.

Wer strahlt mehr Wärme ab, eine engagierte KommunistIn oder eine 100W Glühlampe? Die politische Arbeit erfordert einen Tagesbedarf an Speisen von ungefähr 2.6 Kilokalorien, währenddessen die Glühlampe 100W an elektrischer Leistung verbraucht, wovon lediglich 5% als sichtbares Licht abgestrahlt werden. Die für die Antwort benötigte Umrechnung der beiden Energiemasse lautet:

1 Kilokalorie = 4187 Ws.

Verkaufsstellen Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Chornladen, Fierzgasse 16, 8005 Zürich / Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen / Buchhandlung Waser, Feldbergstrasse 30, 4057 Basel / Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel.

Verkaufsstellen Deutschland: Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infoladen Stuttgart, Ludwigstr. 110a, 70197 Stuttgart / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Jos Fritz Buchhandlung, Wilhelmstr. 15, 79098 Freiburg / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.